

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme des Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Rote Welt): Richard Kiff, Magdeburg. Verantwortliche Redakteur: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Kette, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion: Gr. Mühlstraße 7, Fernsprecher 661. Preis: 20 Pf. monatlich. Bei den Postämtern 2 Pf. 10. Bei den Buchhändlern 2 Pf. 10. Bei den Zeitungsverkäufern 1 Pf. 10. — Inland: 1.70 Mk. 2. Ausland: 2.30 Mk. — Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — Anzeigengebühren für die sechsgehaltene Zeitspalte 15 Pf. —

Nr. 200.

Magdeburg, Freitag den 28. August 1903.

14. Jahrgang.

Vom Klassenstaat Preußen.

IV. Vereine und Versammlungen unter Polizeiaufsicht.

Daß Preußen ein Polizeistaat und kein Rechtsstaat ist, zeigt sich auf keinem Gebiet deutlicher, als auf dem des Vereins- und Versammlungswesens. Bekanntlich bedürfen Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten beraten werden, der polizeilichen Anmeldung. Unter „öffentlichen“ Angelegenheiten werden nicht nur politische Fragen verstanden, sondern alle, die nicht lediglich private Verhältnisse betreffen. Demnach dürfen sich die „Untertanen“ des preussischen Staates miteinander weder über Politik, noch über ihre Berufsinteressen (namentlich in den Gewerkschaften), noch über religiöse, philosophische oder sonstige wissenschaftliche und künstlerische Fragen in Versammlungen aussprechen, ohne dies vorher der hohen Obrigkeit mitzuteilen. Diese Bestimmung besteht bekanntlich, damit der Behörde Gelegenheit gegeben wird, die Staatsbürger in ihren Versammlungen polizeilich überwachen zu lassen; denn Polizeibeamte muß man als Ueberwachende in den Versammlungen dulden, wenn von ihnen nicht gerade mehr als zwei Mann erscheinen.

Die Folge dieser eigentümlichen Benutzung der Polizeibeamten, die ihre Zeit viel besser als zu politischen Zwecken zur Verhinderung von Verbrechen oder zur Erholung verwenden würden, hat zuweilen — besonders in Gegenden, in denen Volksversammlungen nur selten vorkommen — zu widerrechtlichen Auflösungen geführt und dadurch die Versammlungen in der lästigsten Weise gestört. Im größten Teil von Preußen haben wir uns mit der polizeilichen Ueberwachung längst abgefunden. Wir können auch konstataren, daß sich im größten Teile von Preußen, im Gegensatz zu früheren Jahren, die nicht gerade beneidenswerten Beamten, die ja nicht freiwillig ihre Aufpassertätigkeit ausüben, höflich und zurückhaltend benehmen; sie haben allmählich von den Sozialdemokraten gelernt, was im Vereinsgesetz steht, und pflegen sich selten irgendwelcher Uebergriffe mehr schuldig zu machen. Immerhin würden sie natürlich pflichtgemäß jedes etwa „strafbare“ Wort melden, um das von einem Redner vielleicht durch einige unüberlegte Nebenwendungen verübte Vergehen seiner Sühne zuzuführen.

Nichts ist den Unternehmern zurzeit so verhaßt, wie die Gewerkschaftsbewegung; sie lassen die politischen sozialdemokratischen Vereine mehr noch wie wegen unsrer politischen Ziele deshalb, weil ein zum Sozialdemokraten gewordener Arbeiter sich fast stets zu einem eifrigen Gewerkschaftler entwickelt, wie fast stets ein für die Gewerkschaften gewonnener Proletarier auch ein eifriger Sozialdemokrat wird. Deshalb ist der Bourgeoisie jedes Mittel recht, durch welches der freien Meinungsäußerung enge Grenzen gezogen werden, mag die Erbitterung darüber auch noch so groß werden. Daher alle jene Strafgesetze, welche die Redner wie die Presse schweren Strafen aussetzen! Auf daß keine dieser „Sünden“ ungepünkt bleibt, billigt die Bourgeoisie die polizeiliche Ueberwachung der Versammlungen. — Die meisten unsrer Genossen haben längst gelernt, sich den ihnen leider vorgeführten Zwang anzunehmen und in den Versammlungen nichts zu sagen, was der Polizei und dem Staatsanwalt Gelegenheit zum Einschreiten gibt. Schon die bloße Tatsache aber, daß freie Männer und Frauen in ihren Versammlungen unter Polizeiaufsicht gestellt sind, wirkt erbitternd.

Eine helle Freude ist es dem Unternehmertum, wenn einmal eine sozialdemokratische oder gewerkschaftliche Versammlung nicht stattfindet. Daher sind die bürgerlichen Parteien mit allen jenen kleinlichen Bestimmungen einverstanden, welche der Polizei das Recht zum Einschreiten geben. Hat der Einberufer die Verschleierung der Anmeldung zu Hause liegen lassen oder verloren, flugs kann der Beamte die Versammlung auflösen; fängt die Versammlung nicht spätestens eine Stunde nach Anmeldung an, oder wird sie länger als eine Stunde vertagt, so kann sie leichtfalls „von Rechts wegen“ nach Hause geschickt werden. — Die Namen und Adressen derjenigen, welche das Wort ergreifen, werden polizeilich notiert; kein Wunder, daß Tausende von Anwesenden und kleinen Geschäftskleuten aus Furcht, denen von den Behörden wirtschaftlich abhängig sind. Wäre seitens der Polizei etwas mitgeteilt werden, darauf verzichten, in Versammlungen für die eigenen Ideen einzutreten, denen sie anhängen.

Wenn ein einzelner Redner zu irgend einer strafbaren Handlung auffordert oder „anreizt“, dann kann der überwachende Beamte die Versammlung auflösen, also — infolge von vielleicht richtigen Anschauungen eines einzelnen — eine ganze Volksversammlung sprengen.

Kleinlich ist auch die Bestimmung, daß in Versammlungen — bewaffnet erscheinen darf. In Revolutionszeiten müßte natürlich ein solches Verbot nichts und in ruhigen Zeiten ist nicht abzusehen, warum niemand an einer Versammlung teilnehmen darf, wenn er sich vielleicht eben einen Revolver gekauft hat und diesen noch bei sich führt. An einsamen Stellen kann jemand dort sitzen oder jahrelang mit einer Waffe natürlich viel

schlimmeres verüben, als in einer öffentlichen Volksversammlung, in der viele ihn sehen und greifen können.

Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sind nur zulässig, wenn sie die Polizei — erlaubt. Zwar heißt es im § 9 des Gesetzes, daß derartige Versammlungen und Umzüge nur verboten werden können, „wenn aus Abhaltung der Versammlung oder des Umzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu befürchten ist“. Aber nach der Auslegung des Oberverwaltungsgerichts hat die Polizei darüber selbst zu befinden, ob letzteres der Fall ist, so daß man es sich eben gefallen lassen mußte, daß Tausende von sozialdemokratischen und politischen Versammlungen unter freiem Himmel verboten und z. B. Umzüge am 1. Mai fast nie gestattet wurden.

Es wäre nichts dagegen zu sagen, wenn die Polizei von Umzügen und Versammlungen auf öffentlichen Straßen vorher unterrichtet werden müßte und ihr dadurch die Befugnis zu teil würde, ihrerseits bei dieser Gelegenheit für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Im übrigen verlangen wir volle Versammlungsfreiheit im Freien sowie in geschlossenen Räumen.

Erst treibt man Sozialdemokraten und Polen, zuweilen auch Freisinnigen, Dänen und Welfen die Versammlungsfälle ab, indem man den Wirten mit dem Militär- und Beamtenhohof droht, und nachher macht man es den bei der Regierung unbeliebten Parteien auch noch unmöglich, sich unter freiem Himmel auszupressen! Es muß das Proletariat empören, wenn man die Umzüge anderer Staatsbürger gestattet, aber behauptet, daß durch Aufzüge der Arbeiter die Sicherheit und Ordnung gefährdet werden! Es muß die Klassenbewußte Arbeiterklasse verlegen, daß man ihr verbietet, frohen Herzens mit Musik durch die Straßen zu ziehen, während man es z. B. Schützenbrüder oder Zünfte erlaubt. — Aber die Bourgeoisie haßt die Feste des arbeitenden Volkes, weil sie alles verdammt, was die Massen an die moderne Arbeiterbewegung leiten kann; daher die Verhinderung der Aufzüge, daß die Polizei Befugnisse hat, welche zuweilen auch andern Gruppen als den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei fühlbar werden.

Zu bemerken ist noch, daß im Umkreis von zwei Meilen von der jeweiligen Residenz des Kaisers, also von seinem augenblicklichen Aufenthaltsort, stets und von Berlin — auch wenn der Kaiser gerade nicht dort wohnt —, während der Landtagsession Volksversammlungen unter freiem Himmel überhaupt verboten sind und polizeilich nicht erlaubt werden dürfen. Also Freiheitsbeschränkungen über Freiheitsbeschränkungen!

Vereine, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, müssen sogar ihre Statuten und ihr Mitgliederverzeichnis der Polizei einreichen; das trifft also auf politische Vereine, auf Gewerkschaften und auf wissenschaftliche Vereine zu. In Hannover war es vor einigen Jahren z. B. ein philosophischer Verein, dessen Mitglieder zu den reichen Preisen gehörten und größtenteils nationalliberal waren, der sich dieser Aufgabe unterziehen mußte. — Infolgedessen kann kein Beamter Mitglied eines Vereins werden, dessen Tendenz die Regierung nicht billigt; aber auch Tausende von Arbeitern bleiben bestimmten Vereinen fern, denen sie gerne beitreten würden, weil sie fürchten, daß die Polizei ihren Arbeitgebern einen Wink gibt. Die Gewerkschaften werden durch diese Bestimmung schwer geschädigt, wenn auch vielfach eine übertriebene Angst bei unorganisierten Arbeitern vorhanden ist, welche der Mannhaftigkeit entbehren. Je größer aber die Gewerkschaften, um so mehr steigen die Löhne, um so kürzer wird die Arbeitszeit, um so besser wird die Behandlung, um so mehr wird für den Arbeiter in Zeiten der Arbeitslosigkeit gesorgt; darum hat das Proletariat an einem besseren Vereinsgesetz nicht nur ein geistiges, sondern auch ein wirtschaftliches Interesse. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 27. August 1903

Die Brauereibergwerks-Gesellschaft und die Lohnkürzungen.

Eine unerhörte Mitteilung hat neulich der Direktor der Aktienbrauerei Bferten in einem Prozeß vor dem Geraer Obergericht gemacht. Ueber die Sitzung vom 21. August berichtet die „Neuburger Tribüne“:

Der Brauer U. klagt gegen die Aktienbrauerei Bferten wegen Lohnforderung. Kläger bezieht für einen Unfall monatlich 7 Mark Rente. Beklagte, bei der der Kläger gegen Wochenlohn arbeitet, kürzte an jedem ersten Jahrestag im Monat dem Kläger den Lohn um den Betrag der Rente seit April dieses Jahres. Der Direktor der Brauerei erklärt heute, er wisse, daß dies gesetzlich nicht erlaubt sei, aber es sei auch anderswo mode, wie ihm von der Bergwerks-Gesellschaft mitgeteilt worden sei, warum nicht auch hier? Er verlangt eine Entscheidung über diesen Fall.

Das Gericht verurteilt die Beklagte, an den Kläger 35 Mark zurückzuzahlen. Es sei gesetzlich nicht zulässig, daß der Unternehmer den Arbeitern den Lohn um den Betrag der Rente kürzen könne.

Jetzt wird untersucht werden müssen, welcher Beamte der Bergwerks-Gesellschaft dem Direktor vorge schlagen hat, seine Arbeiter rechtswidrig um einen Teil ihres Lohnes zu bringen, da wir es für ausgeschlossen halten, daß der Brauereidirektor die Unwahrheit gesagt hat. Es muß festgestellt werden, wer sich einer solchen Auffassung zur Krassen Schädigung armer Arbeiter schuldig gemacht hat. Geschäftsführer der für Gera zuständigen Sektion 8 der Brauereibergwerks-Gesellschaft in Leipzig-Kudritz ist Herr Kahlemann. Wir zweifeln nicht, daß dieser Herr nunmehr eingehend untersucht wird, wer es gewagt hat, einen solchen Rat zu erteilen.

Im übrigen wirkt es auf die Herren, die dergleichen Vorschläge annehmen, ein helles Licht. Sie sind sich der Rechtswidrigkeit ihrer Handlungsweise bewußt. Das hindert aber nicht, daß sie ihr Verhalten doch fortsetzen, denn — es ist anderswo so mode.

Da es also bei den Unternehmern „mode“ ist, die Unfallrenten von den Löhnen unachtsamigerweise in Abzug zu bringen, seien die Arbeiter ermahnt, sich ein solches Verhalten nicht mehr gefallen zu lassen, sondern mit Hilfe ihrer Organisationen energig darauf zu drängen, daß die Unternehmer sich nicht mehr an den Unfallrenten ihrer Arbeiter vergreifen.

Der Fall Hüffener in dritter Instanz.

Ueber die Verhandlung vor dem Reichs-Militärgericht im Fall Hüffener, deren Ergebnis wir bereits gestern unter „Neueste Nachrichten“ meldeten, liegt folgender Bericht vor:

In der heutigen Verhandlung des Hüffener-Prozesses vor dem Reichsmilitärgericht wies der Obermilitäranwalt zunächst den Vorwand der Notwendigkeit der Verteidigung zurück, den Begriff der äußersten Not und dringenden Gefahr, aus dem die Ausnahme eines minder schweren Falles hervorgegangen war, verkannt habe, als unbegründet zurück. Ebenso unbegründet sei die Behauptung des Gerichtsherrn, daß die Entscheidung des Gerichts über die Frage des tätlichen Angriffs durch Hartmann unschlüssig sei. Uebrigens sei in diesem Punkte zugunsten des Angeklagten entschieden worden, so daß keinesfalls der Gerichtsherr sich dadurch beschweren könne. Als begründet erachtet der Obermilitäranwalt aber die Rüge des Gerichtsherrn, die sich auf das Vorliegen des dolus eventualis und die Frage der Anwendung des § 212 des Reichsstrafgesetzbuchs (Totschlag) bezieht. Das Obergericht habe als festgesetzt erachtet, daß Hüffener Hartmann lediglich leicht verletzen wollte, um ihn zum Stehen zu bringen; andererseits aber sei im Urteil ausgesprochen, Hüffener habe das Bewußtsein gehabt, daß er diesen Zweck auch durch bloßes Zugreifen mit der Hand hätte zu erreichen versuchen können und daß er nur die Waffe gebraucht habe, weil er sie gerade zur Hand hatte, unbekümmert darum, welche Folgen daraus entstehen würden. Darin liege ein Widerspruch; das Urteil sei deshalb nicht haltbar. Der Obermilitäranwalt beantragte daher, das Urteil aufzuheben und zur weiteren Verhandlung an das Berufungsgericht zurückzuberufen. Der Verteidiger schloß sich bezüglich der erstgenannten Punkte dem Obermilitäranwalt an; er beantragte, die Revision zu verwerten. Der Senat beschloß: das Urteil des Obergerichts wird, soweit der Angeklagte wegen vorläufiger Körperverletzung mit Folge des Todes in idealer Konkurrenz mit rechtswidrigem Waffengebrauch verurteilt ist, nebst den darauf bezüglichen tatsächlichen Feststellungen aufgehoben und an das Berufungsgericht zurückverwiesen. In der Begründung dieses Beschlusses schließt sich der Senat den Ausführungen des Oberstaatsanwalts an und betont, daß es ohne das Berufungsgericht sich deutlich darüber ausspricht, was denn eigentlich die Willensrichtung des Angeklagten bei der Verübung der Tat gewesen sei, der Revisionsinstanz nicht möglich sei, zu beurteilen, ob die getroffene Anwendung des Gesetzes zutreffend sei oder nicht. Die Möglichkeit einer unrichtigen Anwendung des Gesetzes sei nicht von der Hand zu weisen. Soweit das Urteil die Behandlung Untergebener betrifft, wird die Revision verworfen.

Während das Volk sich sehr schnell über den Fall Hüffener klar geworden ist, erscheint der Militärjustiz dieser Fall äußerst schwierig und sehr schwer zu beurteilen. Das Kriegsgericht in Kiel verurteilte Hüffener bekanntlich zu vier Jahren und einer Woche Gefängnis und Degradation wegen vorläufiger Mißhandlung eines Untergebenen mit tödlichem Ausgange, wegen unbefugten Waffengebrauchs und wegen Ungehorsams gegen dienstliche Vorschriften.

Das Gericht nahm nicht an, daß der getöte Hartmann den Hüffener gestoßen habe. Dagegen wurde dem Angeklagten als „mildernder Umstand“ angedreht, daß er in dem guten Glauben gehandelt habe, er sei zu seiner Entschuldigung berechtigt.

Das Obergericht in Kiel begnügte sich bekanntlich milde mit 2 Jahren und 7 Tagen Gefängnis und

keit der
ion.

tarifgesetzes
schwer
Lebens-
reit mehr
ander.

ne Vorlage
des zwecks
dienender
olle. Der
ehr der in
bbefähigt
auf Kosten
nten durch
ganisierten
nden Ein-
ern und in
erkaufen zu
tiellem Ge-
die Er-
schrittene
Staates in
s und der
Weltmarkt
Für den
Beratung
reffen der
gewalt soll
en, deren
wirtschaft-
n Ausland
alijentklasse
olitik. Ver-
zu Wasser
der Kar-
artellierten
er zu einer
von Kartell-
ver Export-
areas und
je wie bis-
nünftig wie
unberühlt
den Dienst
tenden Be-

abarte sich
und kam
in Plenum
im Jahre
schäftlichen
hörte kein
werter, der
Interessen
zusammen-
beröffent-
des Ver-
rumen sein
Bundes-
Reichstag.
den vom 2.
an 12. De-
zeilen. Die
arverhand-
nfolge zu
Beleg, Ge-
weil nur

auf diesem Wege die reiche Zollernie einzuheimsen möglich war. Das Bestreben der Fraktion war darauf gerichtet, die schädigenden Wirkungen des Gesetzes in breiter Öffentlichkeit darzulegen, die sachliche Verhandlung des Gesetzes zu verlangen und mit allen geschäftsmäßig zulässigen Mitteln darauf zu dringen, daß dem Wesen des Parlamentarismus entsprechend die Diskussion über die einzelnen Forderungen des Zolltarifs und Zolltarifgesetzes öffentlich in Parlament vorgenommen und die Stellung der einzelnen Abgeordneten zu den wichtigen Teilen des Gesetzes durch namentliche Abstimmungen klargestellt werde. Wenn die Beratung des Zolltarifs ordnungsmäßig in einer der Geschäftsordnungen und der Verfassung entsprechenden Weise erfolgte, so war bei der ungeheuren Wichtigkeit der Materie eine Verabschiedung des Gesetzes im Sinne der Mehrheit nur dann möglich, wenn sie in beschlußfähiger Anzahl einige Monate zusammenblieb. Die Fraktion rechnete auch mit dieser Möglichkeit und nahm an, daß bei einer sachgemäßen Behandlung der einzelnen Positionen des Tarifs sehr widersprechende Gegenstände in Erscheinung treten würden. Sie rechnete vor allen Dingen damit, daß dann weite Interessentengruppen erst durch die Beratungen von der Gestaltung und den Folgen des Tarifs eingehende Kenntnis erhalten und dann gegen den Tarif sich mit aller Entschiedenheit erklären würden. Der Zolltarif mußte bei geschäftsordnungsmäßiger, sachlicher und gründlicher Beratung der einzelnen Positionen durch seine eigene Schwerkraft und durch das bei einer sachlichen Diskussion naturgemäß eintretende Aufeinanderprallen der Gegensätze zwischen den Interessen des Großgrundbesitzes mit denen der Großindustrie und den Interessen dieser mit denen der verarbeitenden Industrie und des Handwerks sowie durch die wachsende Einsicht von der Gemeingefährlichkeit der Gesetzesvorlage für die breite Masse der Bevölkerung fallen. Es war die Taktik der Fraktion also nicht darauf gerichtet, die Beratung der Vorlage hinzuzögern, sondern sie in vollster Öffentlichkeit vorzunehmen zu lassen. Freilich erfordert eine sachliche Beratung der Vorlage, insbesondere nachdem die Mehrheit die Vorlage in der Kommission mit Forderungen bepackt hatte, die für jede Regierung unannehmbar sein müssen, Zeit. Als die Vorlage Mitte Oktober aus der Kommission wieder an das Haus gelangte, war es unmöglich, sie bei gewissenhafter, sachlicher Diskussion zur Verabschiedung zu bringen, wenn nicht der undenkbare Fall eintrat, daß die Mehrheit etwa 150 Sitzungen in beschlußfähiger Zahl beizuhöhrte. War eine Ablehnung des Gesetzes durch sachliche Gründe erforderlich, seine ordnungsmäßige Verabschiedung aus technischen Gründen unmöglich, so kam noch eins hinzu. Die tief einschneidenden Wirkungen des Zolltarifs, der bei den Wahlen 1898 den Wählern noch völlig unbekannt war, und der erst so spät, gegen Ende der Legislaturperiode, dem Reichstag vorgelegt war, erforderte es, den Zolltarif den Wählern zur Entscheidung zu unterbreiten. Die Fraktion war entschlossen, alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel anzuwenden, um eine solche Vorlage zu Fall zu bringen.

Die Mehrheit des Reichstages war hingegen gewillt, alles aufzubieten, um zu verhindern, daß der Zolltarif in seiner ganzen Gefährlichkeit und in allen seinen Einzelheiten der breiten Öffentlichkeit bekannt würde und vor allen Dingen zu verhindern, daß er Wahlparole würde. Wenn bei der ersten Lesung in der Kommission und im Plenum die Redner der Mehrheit als Ueberzögler auftraten, denen die Regierungsvorlage noch lange nicht genug biete, so ließ sich durch dieses Scheinmanöver die Fraktion nicht täuschen. Die Taktik der Minderheit ging dahin, möglichst viel zu fordern, um etwas zu erreichen. Die Junfer haben allezeit genommen, was sie kriegen konnten, mit dem Vorbehalt, bei der nächsten Gelegenheit wieder mehr zu fordern und zu nehmen. So war es auch bei der Zolltarifvorlage. Das Zentrum zeigte in der Kommission sehr bald, daß es die Interessen der Arbeiter und der Allgemeinheit zugunsten der von ihm lebhaft vertretenen Interessen der Großgrundbesitzer und Großindustriellen im Gegensatz zu der Haltung eines Windhorst, Reichensperger und anderer früherer Führer des Zentrums völlig preisgegeben entschlossen war.

In der Kommission tauchte bereits im Februar, späterhin auch im April und Mai, vom Abgeordneten von Kardorff ange- regt, der Plan auf, nur das Tarifgesetz einer detaillierten Be-

ratung zu unterwerfen, es zu formulieren und dem Tarif mit den Sätzen, die die Mehrheit wünschte, in Form einer Resolution zuzustimmen. Dieser Plan war der Embryo des später im Plenum eingebrachten Staatsstreichantrags von Kardorff.

Die Vorbedingungen für das Zustandekommen dieses Planes waren eine formelle und eine materielle. Die formelle Vorbedingung war: daß nicht mit dem Tarif, sondern mit dem Tarifgesetz die zweite Beratung im Plenum begonnen würde. Wurde mit dem Tarif begonnen, so lag die Gefahr nahe, daß während der öffentlichen Beratung über die 946 Tarifpositionen der Widerstreit zwischen den verschiedenen wirtschaftspolitischen Interessen - Agrarier, Zentralverband der Industriellen, Kleinindustrie, Spinner und Weber usw. - so lebhaft entbrannte, daß eine Einigung in der kurzen Zeit unmöglich wurde. Die Taktik der tariffeindlichen Parteien mußte deshalb dahin gehen, in der Kommission und im Plenum mit der Beratung des Tarifs zu beginnen. Hierin waren alle tariffeindlichen Parteien bei Beginn der Kommissionsberatungen einig. Beide freisinnigen Gruppen, die Sozialdemokraten und selbst ein Teil des Zentrums (Müller-Fulda) beantragten in der Kommission, so vorzugehen. Die Mehrheit beschloß in entgegengegesetztem Sinne, anerkannte aber, daß es sachlicher sei, mit dem Tarif zu beginnen, da man doch erst darüber Bestimmung treffen muß, ob und wann ein hoher Zoll eingeführt werden soll, bevor man über die Art der Erhebung der Zölle, über gewisse Zollfreiheiten, Zollzuschläge usw. sich auslassen kann. Die Mehrheit stellte eine Beratung, bei der mit dem Tarif begonnen würde, für die zweite Kommissionslesung in Aussicht, beschloß dann aber in entgegengegesetztem Sinne. Kurz vor Beginn der zweiten Plenarberatung des Zolltarifs sprach sich zuerst die „Freisinnige Zeitung“ und in der letzten (111.) Kommissionsitzung der freisinnige Abgeordnete Müller-Sagan dafür aus: im Plenum mit der Beratung des Gesetzes zu beginnen, dann erst den Tarif in Angriff zu nehmen. Das Plenum entschied gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und entgegen der Art der Verhandlung gleichartiger Vorlagen in den Jahren 1879 und 1885 in gleichem Sinne.

Die formelle Vorbedingung zur Erledigung des Tarifs „im Namjah“ war so geschaffen.

Die materielle Vorbedingung für eine Erledigung des Tarifs in Vauß und Vogen war Schaffung einer Grundlage, der die Agrarier und der Zentralverband zustimmen konnten. Diese wurde zwischen der ersten und zweiten Lesung der Kommission und in der zweiten Kommissionslesung geschaffen. Die Mehrheitsparteien beschloßen, nicht die Beratung des gesamten Tarifs für die zweite Lesung vorzuschlagen, sondern nur die einzelnen Parteien, an denen entweder der Regierung (z. B. Heringssoll) oder den Agrariern (z. B. Getreide- und Viehzölle) oder einzelnen Gruppen schutzgöllerlicher Großindustriellen (z. B. Garbzölle, Tafelglaszoll) lag. Der Kommission stand es frei, noch weitere Positionen zur zweiten Lesung zu ziehen. Konserbative und die Bündler hatten sich insbesondere vorbehalten, falls die Landwirtschaftlichen Zölle nicht noch mehr erhöht würden, die Herabsetzung der Industriezölle in Angriff zu nehmen.

Nach Ablehnung der bündlerischen Anträge in der zweiten Lesung der Kommission hatte fast die gesamte konservativ und bündlerische Presse mit drohenden Worten verkündet: es würde bei den Industriezöllen, insbesondere bei den Eisenzöllen, furchtbare Rache durch erhebliche Herabsetzung der Zölle genommen werden. Wurde diese Drohung wahr gemacht, so war die Grundlage einer Verständigung erschüttert und damit die Erledigung des Tarifs in Vauß und Vogen erheblich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Die 108. Kommissionsitzung vom 30. September war die entscheidende. In ihr war zu beschließen, ob in eine nochmalige Beratung des Hoheisenzolls, der Eisenbahnschienezölle usw. eingetreten werden sollte. Gelang es, die zweite Beratung und eine Herabsetzung dieser Eisenzölle durchzusetzen, so wäre der Zentralverband der Industriellen aus einem lebhaften Freunde ein erbitterter Gegner des Tarifs geworden.

Mit Spannung sah man der Sitzung entgegen. Der von Bündlern und von unsern Kommissionsmitgliedern gestellte Antrag, in eine Spezialdiskussion über den Hoheisenzoll einzutreten, wurde mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Es fehlten von den

nt verboten.

10 3.

ngen nicht
jetzt jeder-
beitragen,
möge, da

einbürgern
schen, und
heit sprach,
sten zu er-
nruße, wie
halten!“
ntertanen-
kt, daß er

er um sich,
em Aktuar

an nun er-
Man mußte
ar; darum

Den heute

„Das hab
n, die Gud
bestimmten
Erwägung
schieden.“

Der Völker-
heit weht

durch ganz Deutschland. Sollen wir allein zurückbleiben, wo überall das Volk seine Freiheit fordert und gewährt erhält?“

„Nein! Nein!“ hallte es tausendstimmig dem Redner entgegen.

„Darum,“ fuhr er fort, „laßt uns nicht säumen. Unsere Brüder vom Lande sind auch gekommen, die alten Lasten abzuschütteln und die alten Ketten zu brechen: Stadt und Land haben sich verbündet. Nehmet sie gütlich auf, die wackeren Landleute, damit sie noch verweilen; wir wollen aller Welt zeigen, daß unser Volk in sich einig ist. Morgen früh in den Vormittagsstunden möge sich alles Volk auf dem Marktplatz versammeln; die Geschäftsleute und Gewerbetreibenden müssen ihren Leuten den Tag freigegeben um der großen Sache willen. Dann ziehen wir in Massen vor das Schloß und fordern die sofortige Gewährung alles dessen, was wir dem Fürsten unterbreitet haben. Morgen vormittag müssen wir Pressefreiheit, Volksbewaffnung und allgemeines Wahlrecht haben.“

„Und öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren!“ rief ein Stimme.

„Jawohl!“

„Und ein Arbeitsministerium!“ rief ein Arbeiter.

„Auch das,“ antwortete Thiel. „Vor allen Dingen aber müssen wir entschieden auf unsern Recht bestehen und dürfen uns nicht hinhalten lassen. Es lebe die Freiheit!“

Ein ungeheurer Beifallsturm erschlang die Stimme des Redners. Die Versammlung beschloß den Zug vor das Schloß; von den anwesenden Reaktionsären wagte niemand mehr ein Wort dagegen zu sagen.

Man wählte wieder eine Deputation, die diesmal aber aus entschlossenen und unbeugsamen Volksmännern und nicht aus behäbigen Repräsentanten bestand. Selbstverständlich wurde Thiel zum Sprecher bestimmt.

Die Versammlung hätte nun auseinandergehen können. Inzwischen fühlte noch mancher das Bedürfnis, zu sprechen. Der Weber Müller wettete los gegen die großen Kapitalisten und Ausbeuter, die den Arbeiter mit Hungerlöhnen abspießen.

„Das kommt nochher,“ rief man ihm zu, „erst müssen wir uns überhaupt einmal rühren können.“

Er trat ab und murkte in sich hinein:

„Spießbürger!“

Man ließ wieder und wieder die Freiheit hochleben. Zuletzt aber trat ein Herr von Knobelsdorff auf, ein Land-

„Liebe Leute,“ begann er, „Ihr vergeßt . . .“

Ein wilder Lärm unterbrach ihn. „Per Herren und per Sie!“ brüllte es, „sonst könnte es Reife geben!“

„Also, meine Herren,“ sprach Herr von Knobelsdorff, „vergessen Sie nicht, daß ich ein einfacher Landwirt bin; ich halte auch zum Volke.“

„Ah, ah!“ Klang es spöttisch von allen Seiten.

„Aber,“ fuhr er fort, „das Volk ist oft zu großmütig und sieht keine wahren Feinde nicht.“

„Doch, es sieht die Junfer!“ rief einer.

Der von Knobelsdorff verbeugte sich lächelnd. „Das Volk,“ fuhr er fort, „ist mühselig und beladen. Es beschwert sich, es hat recht. Es gehen in diesem Lande Dinge vor, die unerhört sind. Eine fremde Tänzerin vergendet den durch harte Arbeit in Gold verwandelten Schweiß des Bauern und des Bürgers.“

Ein atemloses Schweigen entstand.

„Jawohl,“ fuhr der Redner fort, „diese Gauklerin kostet Euch mehr als ein Ministerium und sie mißt sich in alles ein. Sie macht die Politik des Landes.“

„Zum Teufel mit dem Frauenszimmer,“ rief eine rauhe Stimme.

„Ragenmusik!“ scholl es schrill dazwischen.

Das schlug ein!

Vergebens bemühte sich Thiel, die Versammlung, wie er sagte, zu ernstern Dingen zurückzuführen. Die Tänzerin habe den Adel gedemütigt, sagte er, das sei kein Unglück. Mit dem gegenwärtigen System müsse auch sie fallen.

„Ragenmusik! Ragenmusik!“ brüllte es aus tausend rauhen Kehlen. Der Saal leerte sich und die Menge strömte nach Volos Hause. Den Bauern war der Spektakel ganz willkommen; sie lachten mit.

(Fortsetzung folgt.)

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

14. Oktober 1902 bis 30. April 1903.

Das gesamte System des angenommenen Zolltarifgesetzes steht der Erreichung des internationalen freien Verkehrs schwer hindernd entgegen, erschwert Handelsverträge, welche die Lebenshaltung der Arbeiterklasse heben und die Arbeitslosigkeit mehreren Tausenden, und treibt zu Zollkriegen der Völker untereinander.

Ein Zolltarif mit Sähen, wie sie die angenommene Vorlage enthält, ist kein Instrument zur Bedrohung des Auslandes zwecks Abschusses günstiger, dem Interesse der Gesamtheit dienender Handelsverträge und gegenseitiger Herabsetzung der Zölle. Der Zolltarif mit seinen hohen Schutzschranken dient vielmehr der in Kartellen organisierten Industrie und dem Großgrundbesitz zur Ausbeutung ihrer staatslich privilegierten Stellung auf Kosten Deutschlands. Dem Zweck der Erhöhung der Grundrenten durch den agrarischen Zoll tritt der Zweck der in Kartellen organisierten Industrie an die Seite, den Schutz Zoll zu einer dauernden Einrichtung zu machen, um den Bestand der Kartelle zu sichern und in Deutschland zu höheren als den Weltmarktpreisen verkaufen zu können. Der Zoll des Zolltarifs wirkt auch auf industriellem Gebiet nicht als „Erziehungszoll“, als Abwehrmittel gegen die Erhebung des einheimischen Marktes durch eine vorgeschrittenere ausländische Industrie, sondern stellt die Macht des Staates in den Dienst der Profitinteressen des Großgrundbesitzes und der Großindustrie. Die Verschärfung des Kampfes um den Weltmarkt führt zu schärferen Gegensätzen der einzelnen Staaten. Für den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt wird darum Verstärkung der staatslichen Macht zwecks Wahrnehmung der Interessen der Großindustrie gefordert. Die Vermehrung der Staatsgewalt soll im Innern der Niederhaltung der Volksmassen dienen, deren Lebensmittel und Arbeitsgelegenheit herabgedrückt, deren wirtschaftliche und gewerkschaftliche Stellung arg bedroht ist. Im Ausland soll die vermehrte Staatsmacht die Ansprüche der Kapitalistenklasse durchsetzen helfen: Förderung der Kolonial- und Weltpolitik, Vermehrung der militärischen Rüstungen zu Lande und zu Wasser ist die weitere Folge der durch Zölle gestärkten Macht der Kartelle. Die Verteuerung der Produktionskosten der nicht kartellierten inländischen Industrie durch die Kartelle führt auch hier zu einer Versteinerung der Konzentration und zur Verteilung von Kartellbildungen auch für diese Industrien. Die Erschwerung der Exportindustrie muß zu Niederlassungen — deutsche Einkaufsbureaus und deutsche Fabriken — im Ausland in noch stärkerem Maße wie bisher führen. Wohl kein deutsches Gesetz zeigt so sinnfällig wie der Zolltarif den Klassencharakter der Gesetzgebung: in unerbittlicher Weise werden die Machtmittel des Staates in den Dienst der Profitinteressen des Kapitals auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung gestellt.

Der Klassencharakter des Zolltarifentwurfs offenbarte sich auch in der Art der Vorbereitung des Gesetzesentwurfs und kam später in der Art der Beratung in der Kommission und im Plenum des Reichstages abermals zum klaren Ausdruck. Dem im Jahre 1897 in aller Stille einberufenen sogenannten „Wirtschaftlichen Ausschuss zur Vorbereitung von Handelsverträgen“ gehörte kein Vertreter der Erwerbstätigen, der Arbeiter, der Handwerker, der kleinen Bauern, wohl aber die wichtigsten Vertreter der Interessen des Großkapitals an. Erst im Juli 1901 wurde der dort zusammengebrachte Tarifentwurf gegen den Willen der Regierung veröffentlicht. Er soll durch Diebstahl der geheimen Schublade des Verwaltungsausschusses für die besitzenden Klassen entnommen sein — jedenfalls war er echt. In wenigen Punkten durch den Bundesrat verändert, gelangte er im Dezember 1901 an den Reichstag. Dort fand die erste Lesung im Plenum in 9 Sitzungen vom 2. bis 12. Dezember 1901 statt. Der Entwurf wurde am 12. Dezember einer Kommission von 25 Mitgliedern überwiesen. Die Beratungen in dieser und noch stärker die späteren Plenarverhandlungen, deren Gang unten in chronologischer Reihenfolge zusammengefaßt ist, zeigen, daß die Mehrheit Recht, Gesetz, Geschäftsordnung und Verfassung zu zerreißen bereit war, weil nur

auf diesem Wege die reiche Zollernie einzuheimsen möglich war.

Das Bestreben der Fraktion war darauf gerichtet, die schädigenden Wirkungen des Gesetzesentwurfs in breiter Öffentlichkeit darzulegen, die sachliche Verhandlung des Gesetzes zu verlangsamen und mit allen geschäftsordnungsmäßig zulässigen Mitteln darauf zu bringen, daß dem Wesen des Parlamentarismus entsprechend die Diskussion über die einzelnen Forderungen des Zolltarifs und Zolltarifgesetzes öffentlich im Parlament vorgenommen und die Stellung der einzelnen Abgeordneten zu den wichtigsten Teilen des Gesetzes durch namentliche Abstimmungen klargestellt werde. Wenn die Beratung des Zolltarifs ordnungsmäßig in einer der Geschäftsordnungen und der Verfassung entsprechenden Weise erfolgte, so war bei der ungeheuren Wichtigkeit der Materie eine Verabschiedung des Gesetzes im Sinne der Mehrheit nur dann möglich, wenn sie in beschlußfähiger Anzahl einige Monate zusammenblieb. Die Fraktion rechnete auch mit dieser Möglichkeit und nahm an, daß bei einer sachgemäßen Behandlung der einzelnen Positionen des Tarifs sehr widersprechende Gegensätze in Erscheinung treten würden. Sie rechnete vor allen Dingen damit, daß dann weite Interessentkreise erst durch die Beratungen von der Gestaltung und den Folgen des Tarifs eingehende Kenntnis erhalten und dann gegen den Tarif sich mit aller Entschiedenheit erklären würden. Der Zolltarif mußte bei geschäftsordnungsmäßiger, sachlicher und gründlicher Beratung der einzelnen Positionen durch seine eigene Schwerkraft und durch das bei einer sachlichen Diskussion naturgemäß eintretende Aufeinanderprallen der Gegensätze zwischen den Interessen des Großgrundbesitzes mit denen der Großindustrie und den Interessen dieser mit denen der verarbeitenden Industrie und des Handwerks sowie durch die wachsende Einsicht von der Gemeingefährlichkeit der Gesetzesvorlage für die breite Masse der Bevölkerung fallen. Es war die Taktik der Fraktion also nicht darauf gerichtet, die Beratung der Vorlage hinauszögern, sondern sie in vollster Öffentlichkeit vornehmen zu lassen. Freilich erfordert eine sachliche Beratung der Vorlage, insbesondere nachdem die Mehrheit die Vorlage in der Kommission mit Forderungen bepackt hatte, die für jede Regierung unannehmbar sein mußten, Zeit. Als die Vorlage Mitte Oktober aus der Kommission wieder an das Haus gelangte, war es unmöglich, sie bei gewöhnlicher, sachlicher Diskussion zur Verabschiedung zu bringen, wenn nicht der undenkbar Fall eintrat, daß die Mehrheit etwa 150 Sitzungen in beschlußfähiger Zahl bewohnte. Ein Ablehnung des Gesetzesentwurfs aus sachlichen Gründen erforderlich, seine ordnungsmäßige Verabschiedung aus technischen Gründen unmöglich, so kam noch eins hinzu. Die tief einschneidenden Wirkungen des Zolltarifs, der bei den Wahlen 1898 den Wählern noch völlig unbekannt war, und der erst im Herbst, gegen Ende der Legislaturperiode, dem Reichstag vorgelegt war, erforderte es, den Zolltarif den Wählern zur Entscheidung zu unterbreiten. Die Fraktion war entschlossen, alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel anzuwenden, um eine solche Vorlage zu Fall zu bringen.

Die Mehrheit des Reichstages war hingegen gewillt, alles aufzubieten, um zu verhindern, daß der Zolltarif in seiner ganzen Gefährlichkeit und in allen seinen Einzelheiten der breiten Öffentlichkeit bekannt würde und vor allen Dingen zu verhüten, daß er Wahlparole würde. Wenn bei der ersten Lesung in der Kommission und im Plenum die Redner der Mehrheit als Ueberzöller auftraten, denen die Regierungsvorlage noch lange nicht genug biete, so ließ sich durch dieses Scheinmanöver die Fraktion nicht täuschen. Die Taktik der Zöller ging dahin, möglichst viel zu fordern, um etwas zu erreichen. Die Zunker haben allezeit genommen, was sie kriegen konnten, mit dem Vorbehalt, bei der nächsten Gelegenheit wieder mehr zu fordern und zu nehmen. So war es auch bei der Zolltarifvorlage. Das Zentrum zeigte in der Kommission sehr bald, daß es die Interessen der Arbeiter und der Allgemeinheit zugunsten der von ihm lebhaft vertretenen Interessen der Großgrundbesitzer und Großindustriellen im Gegensatz zu der Haltung eines Windhorst, Reichensperger und anderer früherer Führer des Zentrums völlig preisgegeben entschlossen war.

Ja der Kommission tauchte bereits im Februar, späterhin auch im April und Mai, vom Abgeordneten von Kardorff angelegt, der Plan auf, nur das Tarifgesetz einer detaillierten Be-

ratung zu unterwerfen, es zu formulieren und dem Tarif mit den Sähen, die die Mehrheit wünschte, in Form einer Resolution zuzustimmen. Dieser Plan war der Embryo des später im Plenum eingebrachten Staatsstreikentwurfs von Kardorff.

Die Vorbedingungen für das Zustandekommen dieses Planes waren eine formelle und eine materielle. Die formelle Vorbedingung war: daß nicht mit dem Tarif, sondern mit dem Tarifgesetz die zweite Beratung im Plenum begonnen würde. Wurde mit dem Tarif begonnen, so lag die Gefahr nahe, daß während der öffentlichen Beratung über die 946 Tarifpositionen der Widerstreit zwischen den verschiedenen wirtschaftspolitischen Interessen — Agrarier, Zentralverband der Industriellen, Kleinindustrie, Spinner und Weber usw. — so lebhaft entbrannte, daß eine Einigung in der kurzen Zeit unmöglich wurde. Die Taktik der tariffeindlichen Parteien mußte deshalb dahin gehen, in der Kommission und im Plenum mit der Beratung des Tarifs zu beginnen. Hierin waren alle tariffeindlichen Parteien bei Beginn der Kommissionsberatungen einig. Beide freijüngliche Gruppen, die Sozialdemokraten und selbst ein Teil des Zentrums (Müller-Fulda) beantragten in der Kommission, so vorzugehen. Die Mehrheit beschloß in entgegengegesetztem Sinne, anerkannte aber, daß es sachlicher sei, mit dem Tarif zu beginnen, da man doch erst darüber Beschlüsse treffen muß, ob und wann ein hoher Zoll eingeführt werden soll, bevor man über die Art der Erhebung der Zölle, über gewisse Zollfreiheiten, Zollzuschläge usw. sich auslassen kann. Die Mehrheit stellte eine Beratung, bei der mit dem Tarif begonnen würde, für die zweite Kommissionslesung in Aussicht, beschloß dann aber in entgegengegesetztem Sinne. Kurz vor Beginn der zweiten Plenarberatung des Zolltarifs sprach sich zuerst die „Freijüngliche Zeitung“ und in der letzten (111.) Kommissionslesung der freijüngliche Abgeordnete Müller-Sagon dafür aus: im Plenum mit der Beratung des Gesetzes zu beginnen, dann erst den Tarif in Angriff zu nehmen. Das Plenum entschied gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und entgegen der Art der Verhandlung gleichartiger Vorlagen in den Jahren 1879 und 1885 in gleichem Sinne.

Die formelle Vorbedingung zur Erledigung des Tarifs „im Rampe“ war so geschaffen.

Die materielle Vorbedingung für eine Erledigung des Tarifs in Bauisch und Bogen war Schaffung einer Grundlage, der die Agrarier und der Zentralverband zustimmen konnten. Diese wurde zwischen der ersten und zweiten Lesung der Kommission und in der zweiten Kommissionslesung geschaffen. Die Mehrheitsparteien beschloßen, nicht die Beratung des gesamten Tarifs für die zweite Lesung vorzuschlagen, sondern nur die einzelnen Partien, an denen entweder der Regierung (z. B. Getreidezoll) oder den Agrariern (z. B. Getreidezoll und Viehzölle) oder einzelnen Gruppen schutzpolizeilicher Großindustriellen (z. B. Glaszoll, Tafelglaszoll) lag. Der Kommission stand es frei, noch weitere Positionen zur zweiten Lesung zu ziehen. Konservativ und die Bündler hatten sich insbesondere vorbehalten, falls die landwirtschaftlichen Zölle nicht noch mehr erhöht würden, die Herabsetzung der Industriezölle in Angriff zu nehmen.

Nach Ablehnung der bündlerischen Anträge in der zweiten Lesung der Kommission hatte fast die gesamte konservativ und bündlerische Presse mit dröhnenden Worten verflucht: es würde bei den Industriezöllen, insbesondere bei den Eisenzöllen, fürchtbare Rache durch erhebliche Herabsetzung der Zölle genommen werden. Wurde diese Drohung wahr gemacht, so war die Grundlage einer Verständigung erschüttert und damit die Erledigung des Tarifs in Bauisch und Bogen erheblich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Die 108. Kommissionslesung vom 30. September war die entscheidende. In ihr war zu beschließen, ob in eine nachmalige Beratung des Rohereizolls, der Eisenbahnenzölle usw. eingetreten werden sollte. Gelang es, die zweite Beratung und eine Herabsetzung dieser Eisenzölle durchzuführen, so wäre der Zentralverband der Industriellen aus einem lebhaften Freunde ein erbitterter Gegner des Tarifs geworden.

Mit Spannung sah man der Sitzung entgegen. Der von Bündlern und von unsern Kommissionsmitgliedern gestellte Antrag, in eine Spezialdiskussion über den Rohereizoll einzutreten, wurde mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Es fehlten von den

Genilleton.

Nachdruck verboten.

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Blos. (29. Fortsetzung.)

Die Versammlung schien von diesen Mitteilungen nicht befriedigt. Als noch der Redner damit schloß, daß jetzt jedermann sein Teil zur Aufrechterhaltung der Ordnung beitragen, im übrigen aber ruhig an seine Geschäfte gehen möge, da gab es Unruhe.

Alle Behäbigen klatschten Beifall, bei den Kleinbürgern und Arbeitern aber vernahm man Murren und Juchzen, und als ein Regierungsrat von der Pflicht der Dankbarkeit sprach, die man gegenüber einem so gnädigen Landesfürsten zu erfüllen habe, da gab es ganz unpertinente Zwischenrufe, wie „Nimm“ oder „dummes Zeug“ oder „Schnabel halten!“ Als der Herr Regierungsrat gar zu „etwas mehr Untertanenbewußtsein“ ermahnte, da gab es einen Tumult, daß er nicht weiter sprechen konnte.

„Der Geist der Zuverlässigkeit greift immer mehr um sich,“ sprach ernst der Polizeikommissar Wunderlich zu dem Aktuar Wohlgenuth.

„Sehr bedenklich!“ rief dieser.

Es sollte aber noch bedenklicher werden. Denn nun erließen der Lehrer Thiel auf der Rednerbühne. Man mußte schon, wie er dem Fürsten gegenübergetreten war; darum empfing ihn ein brausendes Hoch.

„Deutsche Männer,“ sprach Thiel, „wir wollen heute nicht viel reden, sondern handeln!“

„Jawohl!“ rief es von allen Seiten.

„Ich nehme kein Blatt vor den Mund,“ rief er, „das hab ich auch im Fürstenschlosse nicht getan. Die Herren, die Euch einschläfern wollen, meinen es nicht gut. Mit unbestimmten Versprechungen ist nichts erreicht. Was heißt „in Ermägung ziehen“? Die ganze Sache auf die lange Bank schieben.“

„Jawohl! Jawohl!“

„Das können wir uns nicht gefallen lassen. Der Völkerrückgang ist abzubrechen und der Hauch der Freiheit weh-

durch ganz Deutschland. Sollen wir allein zurückbleiben, wo überall das Volk seine Freiheit fordert und gewährt erhält?“

„Nein! Nein!“ hallte es tausendstimmig dem Redner entgegen.

„Darum,“ fuhr er fort, „laßt uns nicht säumen. Unsere Brüder vom Lande sind auch gekommen, die alten Lasten abzuschütteln und die alten Ketten zu brechen; Stadt und Land haben sich verbündet. Nehmet sie gastlich auf, die wackern Landleute, damit sie noch verweilen; wir wollen aller Welt zeigen, daß unser Volk in sich einig ist. Morgen früh in den Vormittagsstunden möge sich alles Volk auf dem Marktplatz versammeln; die Geschäftsleute und Gewerbetreibenden müssen ihren Leuten den Tag freigeben um der großen Sache willen. Dann ziehen wir in Massen vor das Schloß und fordern die sofortige Gewährung alles dessen, was wir dem Fürsten unterbreitet haben. Morgen vormittag müssen wir Pressefreiheit, Volksbewaffnung und allgemeines Wahlrecht haben.“

„Und öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren!“ rief ein Stimme.

„Jawohl!“

„Und ein Arbeitsministerium!“ rief ein Arbeiter.

„Auch das,“ antwortete Thiel. „Vor allen Dingen aber müssen wir entschieden auf unserm Recht bestehen und dürfen uns nicht hinhalten lassen. Es lebe die Freiheit!“

Ein ungeheurer Beifallssturm verdrängte die Stimme des Redners. Die Versammlung beschloß den Zug vor das Schloß; von den anwesenden Reaktionsären wagte niemand mehr ein Wort dagegen zu sagen.

Man wählte wieder eine Deputation, die diesmal aber aus entschlossenen und unbeweglichen Volksmännern und nicht aus behäbigen Leisetretern bestand. Selbstverständlich wurde Thiel zum Sprecher bestimmt.

Die Versammlung hätte nun auseinandergehen können. Indessen fühlte noch mancher das Bedürfnis, zu sprechen. Der Weber Müller meckerte los gegen die großen Kapitulanten und Ausbeuter, die den Arbeiter mit Hungerlöhnen ar-

speizten. „Das kommt nachher,“ rief man ihm zu, „erst müssen wir uns überhaupt einmal rühren können.“

Er trat ab und murkte in sich hinein:

„Spießbürger!“

Man ließ wieder und wieder die Freiheit hochleben. Zulezt aber trat ein Herr von Knobelsdorff auf, ein Landjunker.

„Liebe Leute,“ begann er, „Ihr vergeßt...“

Ein wilder Lärm unterbrach ihn. „Per Herren und per Sie!“ brüllte es, „sonst könnte es Neile geben!“

„Also, meine Herren,“ sprach Herr von Knobelsdorff, „vergeßen Sie nicht, daß ich ein einfacher Landwirt bin; ich halte auch zum Volke.“

„Ah, ah!“ klang es spöttisch von allen Seiten.

„Aber,“ fuhr er fort, „das Volk ist oft zu großmütig und sieht seine wahren Feinde nicht.“

„Doch, es sieht die Junker!“ rief einer.

Der von Knobelsdorff verbeugte sich lächelnd. „Das Volk,“ fuhr er fort, „ist mühselig und beladen. Es beschwert sich, es hat recht. Es gehen in diesem Lande Dinge vor, die unerhört sind. Eine fremde Tänzerin vergeudet den durch harte Arbeit in Gold verwandelten Schweiß des Bauern und des Bürgers.“

Ein atemloses Schweigen entstand.

„Jawohl,“ fuhr der Redner fort, „diese Gauflerin kostet Euch mehr als ein Ministerium und sie nißt sich in alles ein. Sie macht die Politik des Landes.“

„Zum Teufel mit dem Frauenzimmer,“ rief eine rauhe Stimme.

„Rakennuß!“ scholl es schrill dazwischen.

Das schlug ein!

Vergebens bemühte sich Thiel, die Versammlung, wie er sagte, zu ernstern Dingen zurückzuführen. Die Tänzerin habe den Adel gedemütigt, sagte er, das sei kein Unglück. Mit dem gegenwärtigen System müsse auch sie fallen.

„Rakennuß! Rakennuß!“ brüllte es aus tausend rauhen Kehlen. Der Saal leerte sich und die Menge strömte nach Volos Hause. Den Bauern war der Spektakel ganz willkommen; sie lachten mit.

(Fortsetzung folgt.)

Schubert-Stendal freut sich, daß gerade von Langermünde der Vorschlag komme, in Stendal den Sitz des Wahlvereins zu belassen, damit seine die Animosität, die bisher gegen Stendal herrschte, verschwinden zu sein.

Nachdem noch Heller-Stendal und Schäfer-Langermünde sich für Bildung von Filialen ausgesprochen, erhält Genosse Viktorius das Wort. Eine Veränderung des jetzigen Zustandes hält er nicht für notwendig. Man brauche den Namen nicht zu ändern, wenn wir sagen Stendal und Umgegend, so könne man sich ausdehnen so weit man wolle, nur die Gelder müssen nach einer Zentrale geschickt und für passende Vorträge gesorgt werden.

Sulinski-Stendal ist der Meinung, der Wahlverein müsse den Mitgliedern mehr bieten. Es sei bedauerlich, daß in Langermünde nicht mehr Mitglieder sich befänden, trotzdem doch die Presse dort besser verbreitet sei.

Vonder-Magdeburg fährt aus, man solle nicht so kleinlich sein, nachdem man Großes geleistet habe. Wo der Sitz sei, wäre gleichgültig, man müsse allerdings für Vermehrung der Mitglieder tätig sein, für Referenten sei im Kreise immer genügend gesorgt worden. Man müsse gute Artikel in den Versammlungen verlesen und Diskussionen veranstalten.

Folgender Antrag findet einstimmige Annahme: Der Name der politischen Organisation bleibt wie bisher Sozialdemokratischer Wahlverein für Stendal und Umgegend mit dem Sitz in Stendal. Dritte von 20 Mitgliedern wählen sich einen Vertrauensmann, der mit dem Zentralvorstand in Stendal in Geschäftsverbindung tritt. Zwecks Gewinnung von Abonementen für die „Volksstimme“ findet Mitte September eine Flugblattverbreitung in den Städten Stendal, Langermünde und Tangerhütte statt.

Steenbud-Stendal, Ruz-Langermünde sowie Genosse Vonder führen an der Hand praktischer Beispiele den Genossen vor Augen, wie am erfolgreichsten für die Presse gearbeitet werden könne. Viktorius-Magdeburg berichtet Agitationsnummern der „Volksstimme“ zu schicken, er müsse aber die Gewißheit haben, daß sie verbreitet würden.

Hierauf tritt eine Mittagspause von einer Stunde ein. Um 3 Uhr beginnt die Verhandlung bei dem 4. Punkt, Aufstellung eines Kandidaten zur nächsten Reichstagswahl. Der Vertrauensmann betont die Notwendigkeit, schon jetzt die Kandidatenfrage zu regeln.

Steenbud-Stendal schlägt den Genossen Vonder wieder als Kandidaten vor. Derselbe habe in jeder Beziehung seine Pflicht getan. Die Genossen Schubert, Decker und Sulinski-Stendal sowie die Genossen Ruz und Krüger-Langermünde schließen sich dem an.

Nachdem noch Wiedig-Goldbeck im gleichen Sinne gesprochen, wird Genosse Vonder einstimmig zum Reichstagskandidaten gewählt. Genosse Vonder dankt in kurzen Worten für das ihm geschenkte Vertrauen und verspricht, seine volle Schuldbiligkeit tun zu wollen. Dasselbe verlangt er aber auch von jedem einzelnen Genossen im Kreise.

Zum Punkt 5, Stellungnahme zur Beischiedung des Parteitagges in Dresden, wird von Steenbud und Wrage-Stendal sowie Krüger-Langermünde eine Bescheidung untes Kreises aus agitatorischen Gründen für notwendig erachtet. Dem Genossen Vonder wird die Vertretung des Wahlkreises übertragen.

Zum Punkt 6, Wahl der Delegierten zur Regierungsbereichs-Konferenz in Magdeburg, wird beschlossen, diesmal drei Orte vertreten zu lassen. Es werden gewählt für Langermünde Genosse Krüger, für Tangerhütte Genosse Tanke und für Stendal Genosse Wrage. Bei diesem Punkte beschwert sich Krüger-Langermünde über die Redaktion der „Volksstimme“. Die Berichte aus Langermünde würden nicht oder doch sehr mangelhaft gebracht.

Gen. Viktorius verteidigt die Redaktion. Es würden zu viele unwohne Tatsachen nach der Redaktion berichtet, daher die Vorsicht der Redakteure.

Punkt 7, Agitation und Verschiedenes. Martine-Bismarck sowie Schubert-Stendal wollen eine intensivere Agitation im Kreise Osterburg. Der Vertrauensmann bedauert, daß die Osterburger es nicht einmal für nötig gehalten haben, die Konferenz zu beischen trotz zweimaliger Einladung. Es wird beschlossen, den Kreis Osterburg zu besuchen.

Während derselbe betonte, daß es überhaupt schon ein Erfolg zu nennen sei, wenn wir in diesem Kreise eine Konferenz abhalten könnten, und in welchem er die Genossen aufforderte, jeder in seinem Orte weiter zu arbeiten, damit der Ban, den wir begonnen, vollendet werde, wurde um 5 1/2 Uhr nachmittags die Konferenz mit einem dreifachen Hoch geschlossen.

Provinz und Umgegend.

Cracau und Prester, 27. August. (Ausflug.) Den Parteigenossen der beiden Ortschaften hiermit nochmals zur Nachricht, daß der Abmarsch zu dem am Sonntag den 30. d. M. geplanten Ausflug nach Gommern zu Ehren untes Reichstagskandidaten Genossen Voigt Punkt 8 Uhr vom Zritweg vom Friedhof aus stattfindet. Es wird erwartet, daß sich jeder Parteigenosse die Beteiligung zur Pflicht macht.

Burg, 27. August. (Ein ungetreuer Gewerkschaftsbeamter.) Der Tischler Karl Kasper aus Burg hatte in seiner Eigenschaft als Kassierer der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes sich Unterschlagungen in Höhe von 827,75 Mark zuschulden kommen lassen. Er war wegen dieser Anschuldigung seit 3. Juli d. J. in Untersuchungshaft und stand heute vor der Ferien-Strassengericht des Landgerichts zu Magdeburg zur Aburteilung. Die Unterschlagung der Gelder wurde in der Höhe von 700 Mark als erwiesen angenommen und K. dieserhalb zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Von der Beschuldigung der Unterschlagung wurde er indes freigesprochen. Von der Untersuchungshaft wurde von der festgesetzten Strafe nichts in Abzug gebracht.

Gerfurt, 26. August. (Die Zimmerer) streiken bereits in der dritten Woche. Gegenwärtig sind in sieben Geschäften über 60 Mann ausständig. Die Streikenden, die bisher ungehindert die von auswärts kommenden Gelehen auf den Streik aufmerksam machen konnten und dadurch zur Weiterreise veranlaßt, werden nunmehr von der Polizei bewacht. Am Dienstag wurde der erste Streikposten nach der Polizei gebracht und seine Personalien aufgenommen. Die Unternehmer haben die Polizei in Kenntnis gesetzt und um Hilfe nachgesucht, die ihnen, wie man sieht, auch gewährt wird.

Halberstadt, 26. August. (Im Glabenkaal.) Zu unserer gestrigen Mitteilung über die polnischen Arbeiter, welche auf dem Bahnhofe angehalten wurden, können wir noch mitteilen, daß nach Aufnahme der Personalien drei Arbeiter in Haftgewahrsam genommen wurden, weil sie es bei ihrem „Herrn“ nicht mehr ertragen konnten.

Halberstadt, 25. August. (Die Schulferien) beginnen erst am 3. Oktober. Der Unterricht wird am 19. Oktober wieder aufgenommen.

Halberstadt, 26. August. (Diebstähle.) In dem „Harmonie“-Garten an der Spiegelstraße wurde ein Automat gestohlen. Am andern Morgen fand man denselben ohne Inhalt auf einem Freizeid an der Harmoniestraße. Außerdem statteten Diebe in voriger Nacht dem Restaurationslokale eines hiesigen Hotels einen Besuch ab. Wertgegenstände und Geld ist den Eindringlichen nicht in die Hände gefallen.

Halberstadt, 26. August. (Die Jagdhunde auf der „Elektrischen“.) Die Direktion der elektrischen Straßenbahn gestattet zur bevorstehenden Jagdzeit den Jägern, daß sie ihre Hunde an einer Leine mit auf den Bordpertron gegen eine Gebühr von 10 Pfg. mitnehmen können.

Halberstadt, 26. August. (Ein unangenehmer Besuch am 26. d. M.) Auf dem Breitenweg überholte vorgestern die elektrische Straßenbahn das Fuhrwerk des Fleischermeisters Schaafe. Das Geschirr war mit jungen Pferden bespannt und die Tiere wurden beim Heran-

naßen des Straßenbahnwagens sehr unruhig. Trotzdem von den Führern die größte Vorsicht geübt wurde, stürzte plötzlich das eine Pferd und kam unter den Wagen der Straßenbahn. Obwohl der Führer sofort bremste, erlitt das Tier doch ganz erhebliche Verletzungen. Auch der Wagen ist beschädigt.

Halle, 26. August. (Einträgliche Kleptomane.) Vor kurzer Zeit erregte es Aufsehen, daß der Sekretär der Handwerkskammer Dr. Mühlhordt wegen Unterschlagung von 12 000 Mark verhaftet wurde. Der Mann ist jetzt für unzurechnungsfähig erklärt und außer Strafbefolgung gesetzt worden. Nebenbei hat sich der krankhafte Diebstahl, den der Mann nach Meinung der Sachverständigen hat, teniert.

Thale, 26. August. (Seht Euch ihre Führer an!) Während der Wahlbewegung wagte die bürgerliche Presse des Wahlkreises Salze-Niedersee im Hinblick auf unsere Partei zu äußern: „Seht Euch ihre Führer an!“ Dieser Aufforderung folgte bekanntlich die Wählerchaft und stimmte in ihrer großen Majorität für die Kandidaten der Sozialdemokratie. — Wer im Glashause sitzt, sollte doch nicht mit Steinen werfen! Gerade die Nationalliberalen sollten bedenken, daß die Bürgerchaft alle Ursache hat, sich auch ihre Führer anzusehen. Längere Jahre war es der Rittergutsbesitzer Herr Friesland, welcher das Zephr dieser Partei hier führte und in allen Honorarvereinen und Gesellschaften glänzte. Lebhaft agitierte der Herr für die Nationalliberalen. Doch infolge des verunglückten Lebenswandels, den der Herr führte, geriet er in einen Konflikt, durch den viele kleinere Geschäftsleute und Handwerker um ihren sauren verdienten Lohn betrogen wurden. Herr Friesland aber zog stolz von dannen; er soll jetzt eine Anstellung in Magdeburg haben.

Als Nachfolger dieses Herrn und Vertrauensmann der national-liberalen Partei fungierte nun Herr Hotelbesitzer Emil Sieben vom „Hubertusbad“. Auch dieser spielte in der letzten Wahlbewegung hier an der Spitze eine große Rolle und machte sich durch allerlei vertrauliche Sitzungen und sonstige Wahlbeeinflussungen bemerkbar. Nun hat sich auch dieser bekannte Herr am 22. d. M. aus Thale auf englisch — empfohlen. Selbstverständlich folgte dieser eiligen Flucht eine Einladung zu einer Gläubigerversammlung auf dem Fuße nach. Die beneidenswerten Gläubiger sollen veranlaßt werden, ein „Muratorium“ zu gewähren, also ihre bedeutenden Forderungen bis auf längere Zeit zurückzustellen.

Uns liegt es fern, Parteien und Grundsätze damit zu bekämpfen, daß wir einzelne Persönlichkeiten angreifen. Wenn man aber wagt, sogar unter Verleumdung braver Genossen das Volk hämisch vor unsern pflichttreuen Vertrauensleuten zu warnen, dann geben uns die Privatverhältnisse der hiesigen Nationalliberalen allen Anlaß, auch unsererseits der Bürgerchaft zuzurufen: „Seht Euch ihre Führer an!“

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Schon wieder ist auf einem Felde bei Felgeleben an einem 14-jährigen Mädchen ein Selbstmordverbrechen verübt worden. Der Unhold, ein Tischlergeselle, wurde dabei ertrapt und festgenommen. — Eine emsige Tätigkeit entfaltet in Queblitz die Polizei, um aus mehreren Häusern an der Langenbergstraße das dort unredlich hingeschleppte Getreide wieder herauszubolen. Eine volle zweipännige Fuhr Weizen ist dem rechtmäßigen Eigentümer bereits zugeführt. — In einem der letzten Tage wurde ein junges Mädchen in Uendorf tot in ihrem Bette aufgefunden, ohne daß dasselbe vorher ernstlich krank gewesen war. Die Untersuchung ergeben haben soll, ist der Tod durch zu starkes Schnüren hervorgerufen. — In einer Ortschaft bei Greiz spielten Kinder „Raubmörder“; einem neunjährigen Knaben wurde die Schlinge um den Hals gelegt, sie zog sich zu und der Kleine mußte sterben. — Nach einem Verhör im Seehausener Amtsgerichte wurde der Bahnhofswirt Walter aus Werben verhaftet. Er steht im Verdacht, einen Meineid geschworen zu haben. — Zu erlösen versuchte sich am Dienstag abend gegen 10 Uhr die etwa 30-jährige Frau B. in Gdamerleben. Der Schuß ist in die Herzgegend eingedrungen. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde die Frau in das Döberlebener Kreisrankenhaus überführt. Der Grund zu der unglücklichen Tat dürfte in unglücklichen Lebensverhältnissen zu suchen sein. — Die Rehbühneriaad

Bermischte Nachrichten.

Submissionen. Wohl einzig dastehen dürfte folgender Fall, der in Augsburg vorkam. Der Magistrat schrieb den Abbruch des alten Polizeigebäudes auf Submission aus, wozu 8 Offerten eingelaufen sind. Der teuerste Offertsteller verlangt für den Abbruch 12 000 Mark und der billigste schenkte der Stadt noch 500 Mark, wenn er die Arbeit machen darf. Selbst im Magistrat schüttelte man den Kopf über die Rechenkunst der für Zinnungsmacherei schwärmenden Augsburger Bauunternehmer.

Blutiger Ernst oder grauener Scherz? Eine tolle Geschichte führte — wie wir dem „Dorothea“ entnehmen — neulich den Maurer Wilhelm Kroll aus Friedrichsberg vor die zweite Ferienstrassengericht des Landgerichts 2 in Berlin. Der Agent Peterka hatte dem Angeklagten schon wiederholt in den Ohren gezeugt, er möge seine Frau bei der Krankenkasse „Einigkeit“ versichern lassen, was Kroll stets ablehnte, da er als organisierter Arbeiter ein wohl nicht ganz unberechtigtes Mißtrauen gegen derartige Privat-Krankensicherungen hegt. Er hatte auch seiner Frau streng verboten, sich bei dem Agenten versichern zu lassen und hatte ihr gesagt: „Schmeiß den Kerl raus, wenn er Dir keine Ruhe läßt!“ Am 12. Februar d. J. kam der Agent wieder. Frau Kroll wollte denselben vor der Tür abfertigen, aber jener drängte sich mit der fagenartigen Gewandtheit mancher Agenten in die Wohnung hinein und war nun nicht mehr herauszubringen. Zum Unglück des Agenten kam untermutet der Ehemann nach Hause, der nicht ganz frei von Eiferjudt ist, denn seine Frau ist eine recht fähliche Persönlichkeit. Der Ehemann schöppte sofort Verdacht, daß Peterka seiner Frau gegenüber lebenswüthiger gewesen sei, als sich mit der Tätigkeit eines Agenten vereinbaren läßt und stellte diesen deshalb zur Rede. Dabei geriet der sich in seinen ehelichen Rechten gekränkt fühlende Gatte mehr und mehr in Wut, er packte den Agenten, verprügelte ihn nach allen Regeln der Kunst und warf ihn schließlich zu Boden. Hier riß er ihm die Westkleider vom Leibe und stieß fürchterliche Drohungen aus, die daraus hinausliefen, den Agenten zu entmannen. Er sprang auch plötzlich auf, um eine Schere zu suchen, mit der er die Operation vollziehen könnte; diesen Moment benutzte der Agent, wie er ging und stand, die Flucht zu ergreifen. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten zu 1 Monat Gefängnis verurteilt, wogegen derselbe die Berufungsinstanz angerufen hatte. Der Zeuge Peterka schilderte dem Gerichtshofe die ausgedehnte Angst und verzweifelte, es sei dem Angeklagten furchtbarer Ernst mit seiner Drohung gewesen. — Präj.: War es doch nicht etwa nur ein grauener Scherz? — Zeuge: Nein, es war Ernst! — Präj.: Na, Ihnen kann man es ja nicht verdenken, daß Sie die Sache für Ernst hielten. So an seinen heiligsten Gütern des Lebens gekränkt zu werden, das ist doch ärgerlich! —

Der Gerichtshof faßte die Sache aber doch nur als einen etwas graujamen Scherz auf, ließ die Bedrohung fortfallen und erkannte nur wegen der Körperverletzung unter Aufhebung des ersten Urteils auf 20 Mark Geldstrafe.

* Elektrischer Alarm gegen Rauchvergiftung.

In der neuen Zeitschrift „Electric Museum“ beschreiben Hill einen neuen Apparat, der sich dazu eignen könnte, die Anwesenheit giftiger Rauchmassen in der Luft, namentlich auch die von Kohlenäure, anzuzeigen. Das Verfahren beruht auf der Tatsache, daß Kohlenäure ein schweres Gas darstellt. Der Apparat besteht aus einer Art von Wage, die in gewöhnlichem Zustand genau im Gleichgewicht steht. Auf der einen Seite befindet sich ein gasdicht hergestellter Trichter aus starkem Papier, auf der andern eine wagerechte Holzplatte. An der nach unten gerichteten Seite des Trichters ist ein kleiner Kupferdraht angebracht, dessen zwei nach unten gerichtete Spitzen dicht über zwei mit Quecksilber gefüllten Nippeln stehen. Um ihr ein Eintauchen unter gewöhnlichen Verhältnissen zu verhindern, wird auf die erwähnte Holzplatte an der andern Seite der Wage so viel Sand gestreut, daß die beiden Kupferspitzen über das Quecksilber zu stehen kommen. Wird nun die Luft in dem Trichter mit Kohlenäure gefüllt, so wird dieser schwerer, und infolgedessen tauchen die beiden Kohlenpipen in die Quecksilbernippeln ein. Dadurch wird ein elektrischer Stromkreis geschlossen und eine Glocke in Bewegung gesetzt. Es ist die Frage, ob dieser Apparat mit solcher Feinheit hergestellt werden kann, daß seine praktische Benutzung möglich wird. Sollte dies der Fall sein, so würde dadurch ein wichtiges Mittel geboten werden, einen gefährlichen Gehalt der Luft an erstickenden Gasen zu entdecken, und es würde sich die Aufstellung eines solchen Apparats namentlich in Tunneln und Schächten von Bergwerken (und Untergrundbahnen?) empfehlen.

Vereine und Versammlungen.

Maurer. In der am 25. August im „Luisenpark“ abgehaltenen Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands (Zahlstellen Magdeburg und Umgegend) gab der Vorsitzende Kollege Schleue die erfreuliche Nachricht, daß die bisher noch nicht angeschlossenen Zahlstellen den Beschluß gefaßt hätten, sich nun statutenmäßig dem Zweigverein Magdeburg anzuschließen. Da sich nun hierdurch der Zweigverein konstituiert hätte, wäre es nötig, eine Vorstandswahl vorzunehmen. Als sich Zweifel aus der Mitte der Versammlung erhoben betrefis der Kompetenz hierzu, erklärte Kollege Ruhnje, daß der schwache Gehalt der heutigen Versammlung die Folge der härmischen Vorversammlungen wäre.

Kollege Sah n bezweifelt, daß durch die Verschmelzung das bisherige Verhältnis gebessert wird. — Bei der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl wurden laut Statut durch Stimmentzettel der Kollege A. Brüggemann mit 158 Stimmen als erster Vorsitzender und Kollege H. Schleue mit 196 Stimmen zum Kassierer gewählt.

Durch Applikation wurden gewählt W. Kops als zweiter Vorsitzender, K. Ruhnje als zweiter Kassierer, F. Lange als Schriftführer und die Kollegen Quindt, Böring und Spengler zu Revisoren.

Beim 2. Punkt der Tagesordnung, Mißstände auf den Bauten, forderte Kollege Sah n die Versammlung auf, daß es nun, da die Bauarbeiten zu bejetigen. Den unternommenen Vorarbeiten eingeleitet gebracht werden, daß es noch Polizeiverfügungen gibt. Koch empfiehlt die Annahme folgender Resolution:

„Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß zur Beseitigung der auf den Bauten vorhandenen Mißstände eine größere Energie entfaltet werden muß als bisher. Die Anwesenden verpflichten sich deshalb überall dafür einzutreten, daß das Baudeputierten-System strikt durchgeführt wird.“

Die Baudeputierten werden verpflichtet, den Vertrauensmann über die Verhältnisse auf den Bauten regelmäßig Bericht zu erstatten, damit derselbe, soweit es sich um eine Umgehung der Verordnung vom 3. Oktober 1900 handelt, den Unternehmer zur Anzeige bringen kann, und ferner die Lokalkommission für Bauarbeiterchutz zur Kenntnis der Mißstände gelangt.

Die Versammlung beschließt ferner: Da die Polizeiverordnung vom 3. Oktober 1900 einen wirksamen Schutz für die baugewerblichen Arbeiter nicht bietet, ist die Lokalkommission für Bauarbeiterchutz seitens des Vertrauensmannes sofort zu eruchen, umgehend eine intensivere Agitation für Verbesserung der gesetzlichen Bauarbeiterchutzbestimmungen ins Leben zu rufen.

Kollege Stettin bedauert, daß den Delegierten zum letzten Bauarbeiterchutzkongreß die Gelegenheit genommen wurde, Bericht über denselben zu erstatten. Er wünscht im Interesse der Allgemeinheit eine stärkere Kontrolle und weist auf die zu diesem Zweck gebildete Bauarbeiterchutzkommission hin. — Kollege Sah n kritisiert das Verhalten der Unternehmer, welche von der Firma Meyer Oppenheimer abhängig sind, weil den Kollegen des öfters der Lohn nicht ausgezahlt werden konnte.

Der Vorsitzende Schleue gibt noch bekannt, daß in nächster Zeit ein gedrucktes Regulatorium herausgegeben wird über die Pflichten der Baudeputierten. Mit der Aufforderung, daß die Kollegen den Baudeputierten mehr zur Seite stehen möchten und nachdem die obige Resolution gegen eine Stimme angenommen war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 17.00—21.00. Speisebohnen (weiße) 21.00—36.00. Linen 17.00—27.00. Kartoffeln (neue) 5.50—6.00. Nichtstroh 4.00—4.50. Kraumstroh 3.00 bis 3.50. Heu 5.50—6.50. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1.03—1.10, von der Keule 1.40—1.60. Schaffleisch 1.20—1.30. Schweinefleisch 1.30—1.40. Kalbfleisch 1.20—1.30. Hammelfleisch 1.20—1.30. Speck (geräuchert) 1.50—1.60. Gbutter 2.20—2.60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3.20—3.80.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Ort	24. Aug.	23. Aug.	Jan	Woch
Barnditz	+ 0.54	+ 0.40	0.14	—
Brandebis	+ 0.60	+ 0.48	0.12	—
Klein	+ 0.34	+ 0.25	0.19	—
Leimertitz	+ 0.24	+ 0.10	0.14	—
Krupitz	+ 0.51	+ 0.40	0.11	—
Fresben	- 0.86	- 1.00	0.14	—
Torgau	+ 1.40	+ 1.23	0.18	—
Wittenberg	+ 3.02	+ 2.17	—	0.15
Rehlan	+ 1.11	+ 1.33	—	0.22
Gartitz	+ 1.06	+ 1.28	—	0.22
Schneebei	+ 0.34	+ 1.04	—	0.20
Magdeburg	+ 1.13	+ 1.18	—	0.06
Langermünde	+ 1.43	+ 1.52	—	0.09
Wittenberge	+ 0.81	+ 0.84	—	0.03
Wobau-Dornitz	—	+ 0.30	—	—
Lauenburg	+ 0.32	+ 0.40	—	0.08

Deutscher Metallarb.-Verband

Verwaltungsstelle Magdeburg.
Fernsprech-Anschluss Nr. 404. Bureau: Knochenhaueruferstr. 27/28, I.
Versammlungen finden statt:
Sonnabend den 29. August, abends 8 1/2 Uhr
Bezirk Magdeburg
in der „Bürgerhalle“, Knochenhaueruferstr. 27-28.
Bezirk Okerstedt im Lokale des Herrn Schinke.
Sonntag den 30. August, vormittags 10 1/2 Uhr
Bezirk Gr.-Okerleben im Lokale des Hrn. Strumpf

- Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Die Verhandlungen und Beschlüsse der Generalversammlung in Berlin. Referenten: in Magdeburg H. Kirsch, in Okerstedt und Okerleben L. Schünjen.
 2. Diskussion.
 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
- Soweit unsere Mitglieder Installateure und Klempner sind, machen wir sie auf die öffentliche Versammlung aufmerksam, welche am Sonnabend bei Ed. Thiering, Tischlerstraße 28, stattfindet und bitten um recht zahlreichen Besuch in allen Versammlungen.
- Die Ortsverwaltung.**
NB. Die Mitgliedsbücher sind, wie immer, behufs Aufhebung mitzubringen.

Deffentliche Versammlung

aller in städtischen Betrieben
beschäftigten Personen in Magdeburg
Sonnabend den 29. August 1903, abends 8 Uhr
in „Dreitaierbund“, Gr. Storchstr. 7.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Gewerkschaftsrats Hans Radwald.
2. Bericht der Kommission zur Befreiung der Arbeiter von der Steuer.
3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, zu dieser Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen, damit es uns endlich gelingt, unsere geforderte Befreiung durchzuführen.
Der Einberufer.

Burg. Deutsch. Holzarbeiter-Verband

Zentrale Burg.
Sonnabend den 29. August 1903, abends 7 Uhr
in „Hohenzollernpark“
Feier des Stiftungsfestes
Anfangs in der Kaserne, dann in der Hofkapelle und im „Hohenzollernpark“.
Um recht zahlreichen Besuch bitten
Der Vorstand.

Burg. Nachfeier vom Bezirksfest.

Am Sonntag den 30. August im „Grand Salar“
Anfangs 8 Uhr.
Spende des Kundenerlöses und Gesteine willkommen. Eintritt frei.
Ständige Ausschüsse sind herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

Die Neue Zeit

Wochenchrift der Deutschen Sozialdemokratie
Hingst u. a. in Nr. 47 nachfolgend:
Franz Lehmann, Ein Wort zum Schluss.
Janko Jakow (Sofja): Was geschieht in Bulgarien?
H. Beer, Gefährliche Umstände. (Sofja)
L. Bl., Die Arbeiter.
Franz Diederich (Sofja): Ein Wort zum Schluss.
des modernen Sozialismus in Deutschland II.
Preis pro Nummer 25 Pfennig
einmal zu haben in der
Buchhandlg. Volksstimme.

Gleich-Offerte

mit Preisermäßigung für Kalbfleisch.
Offerten bitte Freitag vormittags Sonnabend:
H. Kalbfleisch, Stück 10-50 Pf., Rücken 55 Pf.,
Haxe u. Schweinefleisch 60 Pf.
Ia. Schweinefleisch, Stück 10 Pf., Schweinefleisch 65
bis 75 Pf., Schweinefleisch 55-60 Pf.
Ia. Schweinefleisch, Schweine, Rücken, Schweinefleisch 70
bis 75 Pf., Schweinefleisch 65 Pf., Schweinefleisch 60 Pf.
H. Schweinefleisch, Stück 10-50 Pf., Rücken, Haxe,
Stück 60-70 Pf.
In jedem Offerte möglichst reichlich gefüllte Beiblätter mit
Wahlzettelchen, das Stück schon von 60 Pf. an.
E. Bosse, Gr. Marktstraße 20.

A. Sengebusch, Salzenburg
Sonn- u. Ausnahmepreise für
Krawatten und Wäsche
Sonn- u. Ausnahmepreise für
Besätze, Strickereien u. Saison-Artikel

Geld!

Altestes und größtes
Leihhaus
Adolph Michaelis
Apfelstraße 16, I.
Sorgfältige Aufbewahrung
Schnellste Erledigung
Strengste Verschwiegenheit
Geöffnet 391
bis 8 Uhr abends.

Bäder jeder Art
verabfolgt 134
Kur- u. Bade-Anstalt
M.-Henschel, Fubekerstr. 103
Bannenbäder 25 und 50 Pf.
Inh.: Gustav Engel.

Zu billigsten Preisen
empfehle moderne
**Herren- u. Knaben-
Anzüge**
**Winter- u. Sommer-
Paletots** 423
**Einzeln
Jackets u. Hosen**
sowie sämtliche
Arbeitsgarderobe
Max Herzberg
Schopenhauerstr. 1.

Fleisch-Offerte
Offerte: Gute Freitag und
morgens Sonnabend:
I. Kalbfleisch
Runde, Riere à 50-60 Pf.,
Stück à 40-50 Pf.
II. Schweinefleisch
Carbonade, Rücken, Schweinefleisch
à 70 Pf., Rippe, Bauch
à 60 und 65 Pf.
Ia. Schinkenfleisch
Schwanzstück à 65-75 Pf.,
Suppenfleisch à 55 u. 60 Pf.
A. Bosse
Größe Marktstraße 14.

Schliesstedts Konditorei
empfehle täglich frisches
Kaffee- u. Teegebäck.
Spezialität: Kaffeezwitz.
Schlesierstr. u. Poststr.

Hr. große Kaninchen
Stück 75 Pf.
empfehle
E. Wierprecht
Alte Markt. 478

Saison-Eröffnung.
Gänse
Gänsefleisch
Gänseleber
Gänsefleisch, zerlegt
Gänse-Pöfelfleisch
Moritz Weinberg
Berlinerstr. 1a.
Sonnabend 476
Nachmittag: Heringsbude.

Burg
22 Fischerstraße 22.
Frühliche Hausschlachtwurst
Georg Kegler.
Sonnabend 476
Nachmittag: Heringsbude.
1 u. 2 auf 1/2 Liter f. 1/2 Liter
E. Wierprecht, Berlinerstr. 11, 2. kleine

Deffentliche Versammlung
der
Klempner und Installateure
Sonnabend den 29. August, abends 8 1/2 Uhr
in der „Bürgerhalle“, Tischlerkrugstrasse No. 28.
Tages-Ordnung:
1. Was haben die Installateure und Klempner für Forderungen zu stellen? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Kollegen! Die am 15. August abgehaltene öffentliche Versammlung unserer Berufsbeschlüsse in eine energiegeladene Agitation zur Befreiung unserer Arbeitsverhältnisse einzutreten, da wir hinter anderen Orten weit zurückstehen. Das muß anders werden. Die Organisation hat heute auch in Magdeburg einen Stand erreicht, um an die Arbeitgeber ähnliche Forderungen stellen zu können, als sie an anderen Orten längst bewilligt sind. Kommt deshalb alle und agitiert fleißig.
Der Einberufer.

Bitte zu beachten!
Wieder vorrätig:
Ein Held des Geistes * * *
*** * * und des Schwertes**
Historischer Roman aus den Zeiten des Hansabundes
Von M. Otto-Walster.
Preis gebunden nur 1.75 Mk.
(Früherer Preis ca. 5 Mk.)
Dieser vor mehreren Jahren in der „Volksstimme“ abgedruckte, selten gewordene Roman dürfte sicher das Interesse mancher Leserin, manches Lesers wecken.
Wir bitten um baldige Bestellung!
Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Jakobstraße 49.

Gasthof
mit Tanzsaal, Arbeiterlokal, Stadt,
Ultras 300-350 Tannen Bier, viel
Kaffee und Zigarren, mit 3500 bis
4500 Mk. Anzahlung zu verl. Off.
a. S. S. 194 a. d. Exp. d. Volksst.
Richard Henning, Eberhard, S. des
Igl. Haupt-Steueramtsassistenten, Wal-
denrieder, 11te, des Konstit.
Sekretärs Emil Jaquet, Ernst, S.
des Predigers Paul Grün, Otto,
S. des Bahnarbeiters August
Schulze, Margarete, S. des Gelb-
gießers Paul Hüneburg, Johanna,
S. des Geschäftsführers Karl
Turpe, Joachim, S. des Fabrik-
besitzers Dr. Adolf Hoff.
Som 26. August.
Aufgebote: Wilhelm Karl
André in Halberstadt mit Emma
Roth hier. Schuhmacher Rudolf
Zimmermann in Bernigrode mit
Elise Jordan hier. Arbeiter Fried-
rich Segatz hier mit Hermine Anna
Amalie Schild in Lübeck. Wagen-
bauer Robert Knoll in Düsseldorf
mit Helene Günther hier. Buch-
bindermeister Robert Papenroth mit
Hedwig Schmidt. Gastwirt Otto
May in Oßersleben mit Ida
Germes hier.
Geburten: Franz, S. des
Lapieziers Franz Sommer, Karl,
S. des Schuhmachers Karl Mohr,
Hildegard, S. des Bismarckwebers
Robert Heller, Margarete, S. des
Arbeiters Wilhelm Sturm, Hans,
S. des Arbeiters Hermann Freber,
Charlotte, S. des Restaurateurs
Franz Thiele, Martha, S. des
Vaterenwärters Karl Zuber, Willi,
S. des Schuhmachers August Friede,
Otto, S. des Eisenbahnhilfsbrem-
sers Otto Mengewein.
Todesfälle: Friederike geb.
Damm, Witwe des Arbeiters Hein-
rich Thiermann, 78 J. 11 M. 16 T.
Ferdinand Krüger, Präbendat, 78 J.
5 M. 9 T. Juan Dolan, Arbeiter,
36 J. Michael Drolloff, landw.
Arbeiter, 35 J. 10 M. 8 T. Hen-
riette geb. Schwertfeger, Witwe des
Postamtiärs Vade, 80 J. 6 M.
13 T. Ferdinand Diermer, Handels-
mann, 64 J. 6 M. 6 T. Kurt, S.
des Polizeisekretärs Otto Amthor,
17 J.

**Freiwillige
Versteigerung.**
Freitag den 28. d. M.
vormittags 10 Uhr
versteigert in
Jakobstraße 7
im Auftrage des Hrn S. Pinous
folgende neue Waren gegen baar
Die Restbestände
des vorigen Kurz- u. Wollwaren-
lagers als: Herren- und Damen-
hemden, Hemdblusen, Blusen, Servis-
taschen, Kravatten, Hand-
schuhe, Anzüge, große Koffer, Kasse,
Kleider, Hüte, Seide, Gaze,
Eggs, Gamasen, Spielwaren,
Kämme, Schminke und versch.
andere.
Besichtigung Freitag 8-10 Uhr.
Alexander Polack,
Tel. 3376 Antiquar.

Privat-Pfandhaus
Buckau, Weststr. 9, I.
Geöffnet Montags von 8-8 Uhr.
Sonntags nur von 11-2 Uhr.
Ernst Alsleben.

**Walhalla-
Theater.**

Eröffnung
der
**Winter-
Saison**
Sonnabend
den 29. August cr.

Viktoria-Theater.
Besetzung des 28. August 1903.
Wahlzettel-Beneffe für Hrn. Regier-
rath Jochen.
Der Haas der Cabaretanten
Sonnabend den 29. August 1903
Wahlzettel-Beneffe für den
Hrn. Regier-Rath Jochen.
Hejermans Lächler.
Stadtesamt.
Magdeburg, 25. August.
Geburten: Erich, S. des Ar-
beiters Wilhelm Jule, Elisabeth,
S. des Kaufmanns Ernst
Kammer, Hei, S. des Postassistenten
Eudenberg, 26. August.
Aufgebote: Leutnant u. Adjutant
im altmärk. Feldart.-Regiment
Nr. 40 Otto Windmüller in Burg
6. M. mit Marie Martha Margare-
te Kay hier. Maschinenführer
Otto Richard Kühne mit Martha
Anna Josepha Klug.
Geburten: Willi, S. des Milch-
händlers Gustav Belts.
Todesfälle: Erich, S. des
verstorh. Arbeiters August Dimald,
1 J. 2 T. Richard, S. des Ar-
beiters Heinrich Hey, 6 M. 4 T.
Karl, S. des Arbeiters Friedrich
Raupe, 4 M. 26 T. Gertrud, S.
des Arbeiters Wilhelm Westphal,
4 M. 11 T.
Neustadt, 26. August.
Aufgebote: Werkführer Joh.
Joachim Christoph Dite mit Witwe
Hermann, Luise Auguste Hermine
geb. Gade.
Geburten: Kurt, S. des Kauf-
manns Karl Lehmann, Minna, S.
des Kapitäns Franz Busse, Kurt,
S. des Arbeiters Hermann Goh-
mann, Armin, S. des Zimmermanns
Ray Rabern.
Todesfälle: Herta, S. des
Arbeiters Reinhard Thiede, 15 J.
Elisabeth, S. des Böttchers Ray
Oppermann, 13 J. Elsa Anna
S. unehelich, 3 M. 28 T. Willi,
S. des Arbeiters Paul Matthes,
2 M. 15 T. Marie geb. Hartwig,
Thefrau des Zugführers Wilhelm
Lucas, 46 J. 2 M. 19 T.
Acherleben.
Geburten: S. des Arbeiters
Theodor Acherleben.
Todesfälle: Witwe Herta

Burg, 24. August.
Geburten: S. des Haupt-
manns und Batteriechefs Arthur von
der Burg, S. des Hand Schuhmachers
Franz Burmeister, S. des Dach-
bedeckers Paul Kirschner, S.
des Restaurateurs Otto Heinemann,
S. des Buchbindermeisters Paul
Kudler.
Todesfälle: Elsa, S. des
Malers Hermann Aders, 10 M.
Arbeiter Wilhelm Kuhl, 74 J.
Hudolf Kersten, 20 J. Privatmann
August Gärlich, 76 J.

Halberstadt.
Som 22. bis 25. August.
Aufgebote: Johann Wilhelm
Fechlin mit Margarete Gute hier.
Königl. Hauptmann Joachim Stie-
low hier mit Elise Gebhardt in Kre-
feld. Schlosser Eduard Albert
Bubanz hier mit Lucie Sophie
Johanne Rosalie Leopold in Lued-
linburg. Tischler Friedrich Karl
Paul Dittke in Commerß mit
Frida Martha Günther in Markran-
städt.
Eheschließungen: Hand-
schuhmacher Hermann Westendorf
mit Witwe Schaub, Marie geb.
Dankworth. Schlosser Otto Müller
mit Marie Moritz. Arbeiter Albert
Appel mit Anna Bode. Handels-
mann Karl Deutschlein mit Auguste
Haupt geb. Kofschel.
Geburten: S. unehelich, S.
unehelich, S. des Kaufm. Heinrich
Grand, S. des Wärters Friedrich
Krieger, S. des Schreibmaterialien-
händlers Gottfried Pape, S. des
Schneiders Gustav Schröder, S.
des Automobilführers Hrn. Strumpf,
S. des Maurers Friedrich Sander,
S. des Buchbinders u. Wertmeisters
Ray Eichenhardt, S. des Drechlers
Emil Brämer, S. des Handelsm.
Karl Binde, S. des Landw. Fritz
Brämer, S. unehelich.
Todesfälle: Ehefrau des
Schmieds Karl Düber, Henriette
geb. Danenberg, 73 J. 21 T.
Erich, S. des Heilgehilfen u. Maff.
Ray Doehring, 4 M. 20 T. Ehe-
frau des Bierverlegers Karl Eckler,
Luise geb. Knuth, 32 J. 4 M. 10 T.
Bureaugehülfe Paul Hennebold,
19 J. 9 M. 15 T. Ehefrau des
Büroanwärters Hermann Meyer,
Hjalmar geb. Lange, 63 J. 10 M.
12 T. Ida, S. des Jigarenm.
Alwin Gehlman genannt Heilmann,
1 J. 8 M. 10 T. Robert, S. des
Zimmermanns Wilhelm Streithoff,
1 J. 10 M. 14 T. Emil, S. des
Arbeiters Emil Dilge, 3 M. 7 T.
Drehorgelspieler Wilhelm Zeitgebel,
62 J. 6 M. 1 T. Strifenfabrikant
Georg Wetzsch, 60 J. 1 T.
Marie, S. des Maurers Wilhelm
Rothmann, 1 M. 1 T. Rosalie
Nisch, 56 J. 1 M. 16 T. Margare-
te, S. des Hand Schuhmachers Emil
Eitel, 3 M. 7 T.

Quedlinburg.
Som 19. bis 25. August.
Aufgebote: Arbeiter Hermann
Höbel mit Luise Gebhardt.
Eheschließungen: Arbeiter
Wilhelm Gaffert mit Berta Otto.
Dachbedeck Wilhelm Kessel mit Emma
Gastel.
Geburten: S. des Maurer-
meisters Wilhelm Lehmann, S. des
Lehrers Franz Sommerlade, S.
des Schneiders Antonius Waligora,
S. des Zimmermanns Gustav Berg,
S. des Kontoristen Eimeon Schlein,
S. des Kaufmanns Karl Stein,
S. des Geschäftsführers Franz Wallin,
S. des Arb. Franz Gummert.
Todesfälle: Kaufm. Ernst
Gehorn, 49 J. 7 M. Wilhelm,
S. des Postillons Friedrich Behr,
1 J. 5 M. Elsa, S. des Schu-
manns Ray Witzschel, 3 M. 24 T.
Luise, S. des Handelsmanns Lud-
wig Körner, 4 J. 6 M. Helene,
S. des Arb. Theodor Brüdman,
1 M. 23 T. Alfred, S. des Bäder-
meisters Louis Kießer, 11 M. 8 T.
Gärtner Heinrich Brint, 76 J. 11 M.
Stadthekretär Theodor Laage, 73 J.
Erziehungs-Anstalts-Vorsteher a. D.
Robert Stimmig, 71 J. 10 M.
Emma, S. des Eisenhüblers Gustav
Kähler, 2 M. 6 T.
Totgeburt: S. unehelich.

Schönebeck.
Aufgebote: Arbeiter Leo
Werner mit Berta Anna Matthes
geb. Frohse. Steinbrucharbeiter
Marzell Dolny mit Stanislawo
Lichow zu Gommern.
Eheschließungen: Fabrikarb.
Ernst Kienknecht mit Auguste Jode.
Geburten: Karl, S. des Ar-
beiters Arno Wolter, Bruno, S.
des Fabrikarbeiters Karl Knopf,
Paul, S. des Schmieds Samuel
Kraus, Emma, S. des Arbeiters
Ernst Wustman.
Todesfälle: Privatm. Fried-
rich Schulte, 78 J. 8 M. 2 T.
Martha, S. des Arbeiters Daniel
Hülmeier, 3 J. 9 M. 10 T.
Ray, S. des Maurers Wilhelm
Schöne, 14 J. Elisabeth, S. des
Maschinenheizers Karl Throd, 3 M.
S. Arbeiter August Fischer,
1 J. 7 M. 14 T. Witwe Auguste
Hubbert geb. Schröder, 57 J. 7 M.
22 T.

angängig, die ganze Frage als so unwichtig hinzustellen, wie es diejenigen wollen, die sie gar nicht selbst genug ansprechen konnten. Die Art und Weise, wie diese Frage aufgeworfen wurde, ist symptomatisch und es muß endlich einmal Klarheit geschaffen werden über die fortgesetzten Bestrebungen gewisser Personen innerhalb der Partei nach Revision der Parteianfassungen. Der Referent fährt dann weiter aus, daß die Partei mit der immer größeren Ausbreitung und infolge der unzulänglichen Schulbildung, die der Arbeiterklasse im allgemeinen ermöglicht wird, auch auf die akademischen Gebildeten angewiesen ist, und daß es ein großer Gewinn für die Partei ist, wenn diese Personen aus innerer Ueberzeugung zu uns kommen. Aber wenn ihnen noch die Schwierigkeiten der bürgerlichen Gesellschaft anhängen, so ist dafür zu sorgen, daß sie sich erst mal als tüchtige Parteigenossen bewähren, bevor sie eine Stellung in der Partei einnehmen können. Der Redner kommt zu dem Schluß, daß der Parteitag den Quartreibern endlich ein Ende machen und den Revisionisten aufgeben soll, zunächst mal bei sich selbst eine Revision vorzunehmen.

Die folgenden Redner, Werner, Reimann und Fülle, bekämpften Bernsteins Vorschlag von den verschiedensten Gesichtspunkten aus. Richard Fischer bezeichnet die Vizepräsidenten-Frage unter den gegebenen Verhältnissen als eine rein akademische. Von einer Preisgabe der revolutionären Gestaltung durch die etwaige Annahme eines Vizepräsidenten-Postens könne doch keine Rede sein; jedenfalls ebensowenig wie dadurch, daß unsere Genossen gezwungen waren, dem König von Sachsen den Treueid zu leisten. Ein Sozialdemokrat wird auch, wenn er zu Hofe geht, das sagen, was er zu sagen für nötig erachtet. Eine weitere Frage ist dann die, für welche der beiden in Betracht kommenden Seiten die Situation angenehmer wäre. Fischer wendet sich sodann gegen die Art der Behandlung derartiger Fragen und gegen das Bestreben, die Partei in zwei Lager — hier die Revisionisten, dort die Revolutionäre, die stets darauf bedacht sein müssen, das alte Parteiprinzip zu verteidigen — zu teilen. Man solle sich doch einmal abgewöhnen, diejenigen, die anderer Ansicht sind, gleich als Verräter zu bezeichnen, und nicht immer behaupten, daß die, die aus den bürgerlichen Kreisen zu uns kommen, nur Karrierer bei uns machen wollen, während diese Leute in der Tat, wenn sie etwas können, in bürgerlichen Kreisen weit bessere Posten finden.

Auer tritt zunächst der Auffassung, wie sie in der Versammlung und auch in der Presse zum Ausdruck kam, entgegen, als wäre der von Bernstein gemachte Vorschlag ein frei ausgedachter Plan der sogenannten Revisionisten. Dieser Vorschlag sei nichts weiter als eine der qualifizierten Dummheiten, wie sie Bernstein seit einiger Zeit zu machen pflegt, und es hätte ihm einfach geantwortet werden müssen, daß er endlich mit seinen neuen Plänen, wofür er von den Gegnern belächelt wird, aufhöre. Wenn ihm aber an dem Lob der Gegner gelegen ist und er nur deshalb immer wieder neue Streitfragen aufwirft, so hat er bei uns nichts mehr zu tun. Mit einer solchen Behandlung der Frage wären die Revisionisten" alleamt einverstanden gewesen. Im Jahre 1898 hat die Fraktion unter der Zustimmung der Parteigenossen im Lande einstimmig beschlossen, auf den Schriftführerposten — der übrigens für uns wichtiger als der Posten eines Vizepräsidenten ist — Anspruch zu erheben und nur durch das Verhalten eines Teiles des Zentrums ist damals Genosse Schippel nicht gewählt worden. Auer verweist sodann darauf, daß die zeremoniellen Fragen vollständig belanglos, zumal darüber keine rechtlichen Bestimmungen vorhanden sind.

Die Versammlung nahm schließlich einen Antrag zum Parteitag an, in welchem sie sich entschieden gegen die Uebernahme der Vizepräsidentenstelle unter den bekannten hiesigen Bedingungen ausspricht. In den fünf andern Versammlungen wandte sich die Mehrzahl der Redner gleichfalls in heftigen Worten gegen Bernstein und Genossen. Die Verteidiger des Vorschlages, darunter der Abg. Heine, hatten einen schweren Stand. Trotzdem die Vertreter der beiden Gruppen einander recht scharf bekämpften, wurde doch allseitig betont, daß der Parteitag die Einigkeit und Geschlossenheit der Sozialdemokratie aufs neue beweisen und die Spaltungshoffnungen der Gegner zunichte machen wird, wie ihre Mauerwerkserwartungen bisher stets unerfüllt geblieben seien. Unter den Parteitagdelegierten befinden sich der Stadtv. Dr. Friedeburg und der frühere Führer der Schneiderbewegung Tschierow.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 27. August 1903.

Die Broschüre über die Landtagswahlen von Dr. Leo Arons ist augenblicklich nicht zu haben, weil sie auch im Verlag der „Vorwärts“-Buchhandlung in Berlin vollständig vergriffen ist. Ein Neudruck ist im Gange.

Ein Wahlbetrug. Aus dem hiesigen Schöffengericht wird berichtet:

Angeklagt waren der Fabrikarbeiter Grob wegen Wahlbetruges und Frau Schulze und Arbeiter Krieze wegen Anstiftung dazu. Der Tatbestand ist folgender: Bei der letzten Reichstags-Wahl erschien im Wahllokal in Kochs Restaurant, Halleischerstraße, gegen 6 Uhr der Angeklagte Grob, gab vor, Wilhelm Schulze zu heißen und Elbstraße 8 zu wohnen. Schulze hatte in der Hauptwahl sein Wahlrecht nicht ausgeübt, sein Alter war in der Liste mit 47 Jahren angegeben. Da der Wähler viel jünger ausah, fragte der Wahlvorsteher nach seinem Alter. Wähler, darauf nicht vorbereitet, gab zuerst 34 Jahre, sodann 31 Jahre an. Der nichttraulich gewordene Wahlvorstand forderte nunmehr die Legitimation. Als solche legte der Wähler eine Geburtsurkunde von einem im Jahre 1888 geborenen Kinde des Schulze vor. Nun lag die Täuschung klar zutage; der Vater hätte ja bei der Geburt seines Kindes erst 16 Jahre alt sein können. Durch den zufällig antretenden Polizeikommissar wurden die Personalien des Arbeiters Grob festgestellt. Der bereits borstige Grob gibt diesen Tatbestand zu, erklärt aber, von der Angeklagten Schulze angestiftet worden zu sein. Letztere schob die Schuld auf den Angeklagten Krieze. Dieser habe Frau Schulze überredet, an Stelle ihres erkrankten Gatten Grob zum Wahllokal zu schicken, der als ihr Gatte gelten sollte. Da der Wahllokal nicht vollzogen war, konnte Grob nur wegen Beilegung eines falschen Namens und wegen versuchten Wahlbetruges angeklagt werden. Der Amtsanwalt wies nach, daß sich der Angeklagte der Frage seiner Handlung wohl bewußt war. Es sei in hohem Grade bedauerlich, daß sozialistische Fanatiker in ihrer Parteiliebe das Gefühl für Recht und Unrecht, Wahrheit und Lüge vollständig verloren. Wäre die Altersdifferenz dem Wahlvorstande nicht zufällig aufgefallen, so war eben der Betrug gelungen, die Wahl gefälscht. Der Umstand, daß es dazu nicht gekommen ist, schützt den Angeklagten vor einer empfindlichen Gefängnisstrafe. Die Schwere des Vergehens, die Vorstrafen des Angeklagten und nicht zuletzt die Würde des Wahllattes lassen aber die höchste zulässige Strafe von 6 Wochen Haft als notwendig erscheinen. Das Schöffengericht erkannte gegen den Angeklagten Grob auf 2 Wochen Haft, gegen Frau Schulze auf 1 Woche und gegen Krieze auf 4 Wochen Haft. Die beiden Letzteren wollen Berufung einlegen.

Die parteipolitische Ausnützung dieses ebenso läppischen wie unlauteren Wahlschwindels durch unsere Gegner erscheint recht unvorsichtig. Da nämlich Grob und Krieze weder zum sozialdemokratischen Verein gehören noch gewerkschaftlich organisiert sind, auch in unsern Reihen völlig unbekannt sind, so zweifeln wir nicht, daß Grob, wenn er den Stimmentzettel abzugeben Gelegenheit gehabt hätte, Herrn Arndt gewählt haben würde. — Sozialdemokratische „Fanatiker“ — so möchten wir dem Herrn Amtsanwalt auseinandersetzen —, d. h. Leute,

die mit ihrer ganzen Kraft für unsere Ideen eintreten, gehören der gewerkschaftlichen und politischen Organisation an und wissen, daß Wahlbetrügereien nicht nur strafbar sind, sondern auch nirgends mehr verabscheut werden, wie in den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft. — Wer sich über die Vorkommnisse im Wahlkreise Jerichow 1 und 2 unterrichtet hat, weiß, wo die wirklichen Wahlschüler sitzen. —

Wer trägt die Schuld? An einem Sommertage fuhr der Arbeiter Czajka hier mit seinem Rade auf einem durchaus erlaubten Wege in der Nähe der Königsbrücke, bemerkte aber einen, der ihm bequemer erschien, doch mußte er nicht, ob derselbe von Radfahrern benützt werden dürfe. Um sicher zu gehen, trat er an den dort in der Nähe stehenden Schutzmann Karl heran und fragte, ob er den angenehmeren Weg befahren dürfe. Er erhielt die Antwort, daß der Weg von Radfahrern benützt werden könne. Daraufhin lenkte nun Czajka in den fraglichen Weg ein, wurde aber von dem nächsten Schutzmann angehalten und aufgeschrieen, weil der Weg für Radfahrer verboten sei. Trotz seiner Einwendung, ein Schutzmann habe ihm das Befahren erlaubt, erhielt Czajka ein Strafmandat in Höhe von 3 Mark, gegen das er Widerspruch erhob. Trotzdem in der gestrigen Sitzung des hiesigen Schöffengerichts festgestellt erschien, daß der Beschuldigte durch die Auskunft des Beamten in guten Glauben versetzt war, konnte auch vor Gericht keine Freisprechung erfolgen, da es sich tatsächlich um einen verbotenen Weg handelte. In Anbetracht der Umstände wurde aber auf die geringste zulässige Strafe von 1 Mark erkannt. —

Vortragsabend. Die Ortsverwaltung Magdeburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes teilt uns mit, daß im Anschluß an das Stiftungsfest ein Vortragsabend stattfinden soll. Die Anwesenheit wird von der Uebernahme des Stiftungsfestes gedeckt, so daß die Teilnehmer des letzteren kostenlos Eintritt erhalten. Da das Stiftungsfest durch den am Abend eingetretenen Regen, der einen Aufenthalt im Garten zur Unmöglichkeit machte, überfüllt war, konnte das vorgesehene Programm nicht in allen Teilen zur Durchführung gebracht werden. Dies soll nun in vollständig veränderter Form in kurzer Zeit geschehen. Die Vorbereitungen dazu sind bereits getroffen.

Kleine Chronik.

Unwetter und Hagelstichlag.

Im ganzen südlichen Kurhessen, besonders an der Rhön und in der Hanauer Maingegend hat ein furchtbares Unwetter gehaust, welches mit ungewöhnlich starkem Hagelstichlag, schwerem Gewittersturm und wolkenbruchartigen Regengüssen verbunden war. Menschen, die auf dem freien Felde waren, wurden verletzt; an den Häusern ist großer Schaden verursacht; die Feldfrüchte, Gartengewächse und Obstplantagen sind strichweise völlig vernichtet worden. Von der Gewalt des Sturmes kann man sich einen Begriff machen, wenn man hört, daß in Niederraspehe bei Warburg das neu errichtete Schulgebäude umgeweht ist. Besonders böse Kunde kommt aus Warburg, Fulda, Gersfeld, Lamm, Hanau und vor allem aus Bischofsheim a. d. Rhön. Als das Unwetter niederging, war es stöckfinster. Dann zuckte Blitz auf Blitz nieder und der Donner bröhlte nach den kalten Schlägen so stark, daß tatsächlich die Häuser bebten. Dächer wurden vom Sturme abgedeckt, Laufende von Fensterscheiben zertrümmert, so daß die Regenmassen in die Häuser eindringen und Wände und Fußböden durchweichten. Hunderte von Baumriesen wurden entwurzelt namentlich in den Hanauer Anlagen. —

Der Budapester Warenhausbrand neu entzählt.

Ein heftiger Sturm, der am Mittwoch in Budapest herrschte, machte das in den oberen Stockwerken des Goldbergischen Warenhauses noch immer glühende Feuer zu hellen Flammen an. Wie ein Telegramm berichtet, geriet der bisher verschont gebliebene Teil des vierten Stockwerks des Gebäudes in Brand, den die Feuerwehr von Leitern aus zu bekämpfen versuchte. Leichen wurden in dem Brandschutt bisher nicht gefunden. Wegen den Kommandanten der Budapester Feuerwehr Szerbowski wird anlässlich der Brandkatastrophe eine Disziplinar-Untersuchung eingeleitet werden.

Nachahmer der „großen“ Theresie.

Die lange Zeit so erfolgreichen Machinationen der Frau Theresie Humbert haben an vielen Orten Nachahmer gefunden. So wird aus Schweden ein in mancher Hinsicht ähnlicher Fall gemeldet. Zwar handelt es sich hier nicht um eine Reihe von Millionen, aber genial war der Humberg doch, den die Stockholmer Tagelöhnersfrau Sofia Andersson betrieben hat. 30 000 Kronen in dem Armenquartier der schwedischen Hauptstadt geliehen zu bekommen, will immerhin etwas sagen. Die Ähnlichkeit der Kleinen Sofia mit der großen Theresie erstreckt sich auch dahin, daß beide über auffallend beschränkte Lebensgefährten verfügten.

Als der Schwindel im Norden vor das Stockholmer Stadtgericht kam, mußte der Ehemann Andersson von der ganzen Sache absolut nichts. Seine Gattin behauptete, aus reichem südschwedischem Bauernstand zu sein; ihre Verwandten waren sämtlich Reichstagsmitglieder oder Präpöste; ein verstorbenen großbäuerlicher Abgeordneter hatte sie zum alleinigen Erben bestimmt, lediglich aus Achtung vor ihrer überlegenen Intelligenz. Damit stimmte gut überein, daß sie eine arme jüngere Schwester besaß, die in bedrängten Verhältnissen lebte und auf sie sehr neidisch war; Frau Sofia wies Briefe voll Bitterkeit und Eifersucht vor, und man gab ihr dann Geld, um der neidischen Schwester den Mund zu stopfen.

Natürlich aber hatte Sofia Andersson die Briefe selbst geschrieben und die Schwester existierte gar nicht. Mit dem wohl erworbenen Geld ging Frau Andersson sehr splendorös um. Sie gab auch Gesellschaften. Einmal veranstaltete sie für sämtliche Gläubiger ein glänzendes Fest in einem vornehmen Restaurant und besetzte damit auf lange Zeit wieder ihren Kredit. Aber das Ende war profaisch; sie entfloß, wurde in der südschwedischen Heimat aufgefunden und im Stockholm zu vierjährigem Buschhaus verurteilt; kein Maitre Labori verteidigte sie und weder Kugnier noch Bazaine kamen in ihrem Prozeß vor. —

Kleine Tageschronik. Der Deutsche Apothekertag ist in München zu seiner 32. Hauptversammlung zusammengetreten. Ein großes Feuer hat das Magazin der Norddeutschen Wollkammerei in Fulda und die angrenzenden Stallungen und Scheunen zerstört. Der angerichtete Schaden wird auf eine halbe Million geschätzt. — Der Besuch warf aus einer im Jahre 1895 entstandenen Eruptionsoffnung große Lavamassen, doch besteht zurzeit noch keine Gefahr. —

Letzte Nachrichten.

(Held, Depeschen- und Bureau.)

Zürich, 27. August. Der Redakteur der „Neuen Zürcher Zeitung“, der Major Albert Wegmann ist im Zürcher See ertrunken. Die Leiche ist bis jetzt noch nicht gefunden. —

Sofia, 27. August. Entgegen den türkischen Anschuldigungen von Grausamkeiten, welche die Aufständischen verüben sollen, veröffentlicht die „Autonomie“ die Namen von 65 Ortschaften, welche in den letzten Tagen von den türkischen Truppen zerstört und deren Einwohner, Frauen und Kinder, niedergemetzelt wurden. —

Sidi el Ahes, 27. August. Die prachtvollen Palmen und Fichten-Bäume von Salagh, Tirmen und Boffuet sind fast gänzlich zerstört worden. Ein heftiger Weststurm nähte das Feuer, welches sich bereits auf eine Ausdehnung von 60 Kilometer erstreckte. —

Brünn, 27. August. Gesehen wurde der abends von hier nach Wien abgehende Schnellzug zwischen den Stationen Andritz und Hochbach von unbekanntem Täter mit Schauerwürfen bombardiert. Mehrere Passagiere wurden verletzt, zahlreiche Fenstercheiben sind zertrümmert. —

Paris, 27. August. (Sig. Draht.) Die aus Gerichtskreisen mitgeteilt wird, wird die Berufung der Humberts nicht vor Oktober vor dem Kassationshof zur Verhandlung kommen. —

Kein Finanzzauberer?

München, 27. August. (Sig. Draht.) Der Reichsschatzsekretär Freiherr v. Stengel äußerte sich gegenüber der „Münchener Neuesten Nachrichten“ gegenüber, daß er aus den Pressestimmen erfahren habe, daß man wenigstens für den Augenblick sich bezüglich der Reichsschatzfinanz zu großen Erwartungen hingabe. Es sei ihm nicht erwünscht, wenn die Ansicht um sich greife, er sei im Besitze einer Wünschelrute, mit der über Nacht glänzende Finanzen hervorgerufen werden könnten. Von der Eröffnung neuer dauernder Steuerquellen im Reich könne er nichts sagen, bevor nicht feststünde, welche Mehrertragsmittel der neue Zolltarif bringen und wie die künftigen Handelsverträge die wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflussen werden. Er halte an der Auffassung fest, daß das Reich für die Deckung seiner Schulden zunächst aus eigener Steuerkraft aufkommen müsse. Der Maßstab für die Einzelstaaten solle jedenfalls nur eine Ausnahme bilden. (Dieses Interview kann uns nicht darüber täuschen, daß der Mann ohne Wünschelrute nur zu dem Zweck Reichsschatzsekretär geworden ist, die Reichssteuern zu vermehren. Schon soweit er bei dem Interview seine Pläne offen entwickelt hat, bedeuten sie eine gewaltige Vermehrung der indirekten Steuern im Interesse der Einzelstaaten. D. Red.)

Vereins-Kalender.

Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pf., die vorher zu bezahlen sind.

Arbeiter-Radfahrerverein Magdeburg, Abt. „Einigkeit“, R. Neustadt. Jeden Freitag abends 8½ Uhr Saalfahren und Zusammenkunft im „Weißen Hirs“, Friedrichsplatz 2. — 2?

Briefkasten.

Frau S., Mäckerleben. 1. Wenn in der Reihenfolge der die Hausordnung ausübenden Mieter Unregelmäßigkeiten eintreten, dann hat der Wirt resp. Eigewirt ordnung einzugreifen. 2. Wenden Sie sich in dieser Angelegenheit an Genossen Greiner. —

S. Schulze, Burg. Informat Holzarbeiter gelangte erst Mittwoch abend in unsere Hände. —

Abonnent. Sie können das Stabliement „Zur Salzquelle“ oberhalb wie unterhalb umgehen. —

Sozialdemokratischer Verein für Magdeburg und Umgegend

Ausserordentliche General-Versammlung

Mittwoch den 2. September, abends 8 Uhr

im „Dreikaiserbund“, Gr. Storchstrasse 7.

Tages-Ordnung:

Fortsetzung der Debatte über den Geschäftsbericht etc.

Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

Der Vorstand.

H. Lublin

Alleinverkauf für Magdeburg

Extra starkes

Bettuch-Halbleinen

mit verstärkter gezwirnter Mitte, Verschleiss unmöglich.

Gesetzlich geschützt

Patentamtlich geschützt: D. R.-G.-M. 66374

Neu!

Gesetzlich geschützt

Patentamtlich geschützt: D. R.-G.-M. 66374

Stückware

Qual. 283 P	140 cm breit, kräftig	1.20
Qual. 283 PP	160 cm breit, m'facht	1.40
Qual. 38/8	160 cm breit, feinwebig	1.75

Abgepasste Tücher

		fertig gesäumt	
Qual. 283 P	Größe 140/200, kräftig	Stück	2.20
Qual. 283 PP	Größe 160/225, m'facht	Stück	2.90

J. Brilles

Magdeburg - Neustadt
Libeckerstr. 20

Permanentes Lager von
ca. 500 Pfund!

Sämtliche Sorten
Pfund von 40 Pfg. an.
Garantirt staubfrei und doppelt gewaschen.

Vom berechnigten Schmeifer
untersucht.
Ausgefertigt unter Kontrolle des
k. k. Sanitätsrates
Dr. G. Söbde, Halle a. S.
Wer seine Kinder lieb hat
gibt ihnen

Carl Koch's
langjährig bewährten
Nährzwieback.
Karl Koch's Nährzwieback
erhält den Kinder's gesundes Blut
führt den Knochenbau und kräftigt den
Sehen's Erfolg für die oft mangelnde
Blutbildung. Je haben in Dosen
und Packten à 10, 20, 30 u. 60 Pfg.
bei:

- H. Samm jr., Milchstraße
- Hans Gyer, Feuerweg 158
- H. F. Grubig, Feuerweg 120
- Georg Meißner, Feuerweg 17 und 263
- Albert Köhne Nachf., Breite-
weg 249
- Georg Hubert, Salzstraße 16
- Cas. Hubert, Karpfstr. 25 b
in Eubenburg:
- H. Starlow, Feuerweg 113
- Regine Eigenwillig
- Deffend-Druggen: Carl
Fitzmann

In Magdeburg:
Gustav Graf, Feuerweg 31
Gustav Paul, Feuerweg 101
Paul Albrecht, Feuerweg 17
G. Schwaner, Schindlerstr. 15
G. Kahlert
In Eubenburg:
H. Giese, Gr. Stadterstraße 227
Gustav Kühn, Marktstraße 1
Max Gering, Marktstraße 47
In Halle:
E. Brühl, Kaiser-Strasse
H. Thiercke, Gr. Marktstraße
E. F. Giese, Schindlerstr. 109
In der Gegend:
H. Schwaner Nachf., Schö-
nenburgerstr. 103 M28
Aberer meinen Kundenlisten zu
Wachst, lag ich mich in
Magdeburg-Eubenburg
Geleitstraße 4 als
Uhrmacher
medizinaler Hilfe und bitte ich um
gehörigen Zuspruch.
Ernst Nagel,
Uhrmacher.
Reell.
Einde mit mein Restaurant einen
Kocher, welcher besteht mit mir
leben können und Reden zu den
schönen. Jede 20/10, 15 u. 12 u.
jedenfalls. E. Schwaner, Feuerweg
Halle (Eube). M28



Herrenzugiefel 3.90 M.
H. Reinefeld, Schöneb. Str. 98.
J. Jendrosch & Co.
Berlin NW 7, Siemensstr. 41

Nähmaschinen unter Garantie
12, 20 u. 38 RM
in nach. Schindlerstr. 54, prt. 1
Stahlfedern emmi. Buchhandl.
Sollstr. 11.

Gardinen

erhalten eine
wunderbar schöne Färbung
durch die flüssige Cremefarbe
„Flava“
Sonntäg in Flaschen zu 10 u. 20 Pf. in sämtlichen Lagern des
Konsum-Vereins Neustadt. 197

Genossen, Arbeiter u. Arbeiterinnen!
Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die
Zuherate in heutiger Nummer! . . .

Adler-Kaffee-Rösterei

mit Motorbetrieb
Schönebeck a. E.
Inh.: Emil Wittekopf
Neueste Röstmaschinen • Sauberste Einrichtung
Erstes derartiges Geschäft am Platze
empfiehlt seine hocharomatischen
Röst-Kaffee-Mischungen
zu billigsten Konkurrenzpreisen.
Biliger feinstschmeckende Mischungen à Pfd. 70, 80, 90 Pf.
Ausgezeichnete hochwertige Mischungen à Pfd. 90, 100, 120, 140, 160 Pf.
H. Scholade, Halle, Ger.
Ausserdem gewähre 10 Prozent Rabatt.

Gratis sendung auch zum selbst Ankauf der
schönsten von 100-200 Stück. In haben in
der Buchhandlung Telldamm.

Pfeil-Wingmaschinen

sind die besten der Welt, weil die
Güte und Stärke des Gewebes sie vor
allen anderen auszeichnet. Das dazu verwen-
dete hervorragende Material ist auf das
Sorgfältigste doppelt verzinkt und
dennoch sicher gegen Rost geschützt.
AROSE, MAGDEBURG
Geleitstr. 103
Preisliste mit
Abbildungen frei
und unsonst.
Zweig-Geschäfte
und Vertreter an
allen grösseren
Plätzen.